

FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



6. Jahrgang Nr. 152, Okt./2 2020

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich

Internetz: http://www.figu.org E-Brief: info@figu.org

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut 'Allgemeine Erklärung der Menschenrechte', verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine 'Meinungs- und Informationsfreiheit' vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der <Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens>, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

(falsches Friedensymbol = keltische Todesrune (nach unten gedrehte "Lebensrune")



Das Friedenssymbol



Ur-Symbol Überbevölkerung

Autokleber Grössen der Kleber:

120x120 mm = CHF 3.– 250x250 mm = CHF 6.– 300X300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung: FIGU

Hinterschmidrüti 1225 8495 Schmidrüti Schweiz E-Mail, WEB, Tel.: info@figu.org www.figu.org Tel. 052 385 13 10s Fax 052 385 42 89 Jeder am Auto angebrachte Kleber – das richtige Friedenssymbol und/oder Überbevölkerungs-Symbol – hilft mit, das falsche Friedenssymbol, die Todesrune, aus der Welt zu schaffen und das richtige Symbol zu verbreiten, wie auch, die Menschen wachzurütteln und sie auf die grassierende, weltzerstörende Überbevölkerung aufmerksam zu machen.

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art sowie weltweit Unfrieden. Deshalb ist es dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können! Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert, wie das leider auch nach dem Ende des letzten Weltkrieges 1939–1945 extrem bis in die heutige Zeit hineingetragen wird.

Mensch der Erde, bedenke: Durch Waffen, Militär, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und Gewalt, sowie auch durch Betrug, Irreführung, Lügen, Verleumdung und Machtgier unrechtschaffener, vernunftloser, selbstsüchtig Herrschender und Verbrecher wurden auf der Erde seit alters her Unfrieden, Elend, Not, Tod, Zerstörung, Vernichtung und Verderben verbreitet; dazu reichten die unbedarften Völker infolge Indoktrination und Hörigkeit ihren Gewalthabern, Machthabern resp. Staatsoberhäuptern oder Imperatoren beiderlei Geschlechts die Hand und halfen damit, alles bösartige Unheil unaufhaltsam zu fördern.

Mensch der Erde: Frieden, Freiheit, Harmonie und Rechtschaffenheit können niemals durch Waffen, Militärs, Kriege, Terror, Hass, Wahnglauben und andere Dummheiten zustande kommen, sondern einzig durch die Nutzung von Verstand, Vernunft, Kommunikation, Konsens, Menschlichkeit und Liebe. Daher, Mensch, achte Du als einzelner darauf und bemühe Dich, das zu verstehen und einzig nach diesen hohen Werten zu handeln, damit aller Unfrieden, alles Bösartige und Todbringende sich auflöst.







"Klimaschutz" ohne Sinn und Verstand?



Wie blind und taub zugleich demonstrieren derzeit Menschen, Gruppen und Organisationen für den Klimaschutz – gegen Flugzeugreisen, gegen das Essen von Fleisch, gegen Einwegpackungen und vieles mehr – mit einem unglaublichen Eifer und blindem Enthusiasmus. Bei aller gut gemeinten Motivation sehen sie nicht, dass sie nur auf die winzigen Splitter der Symptome hinweisen, aber den Riesen-Balken im Getriebe von Ursache, Wirkung, Fügung = Kausalität übersehen sie sträflich.

Die alles dominierende GRUND-URSACHE der Klima-Katastrophe wird weiterhin tabuisiert, totgeschwiegen, aus Feigheit verleugnet, aus religiösen oder politischen Gründen abgestritten oder aus purer Unwissenheit und Dummheit einfach übersehen – die ÜBERBEVÖLKERUNG!

Zur Erinnerung:

Jeden Tag (!) kommen nach offiziellen Angaben 270 000 Menschen auf der Erde dazu, das entspricht ungefähr der gesamten Einwohnerzahl des Bezirkes Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin. Jedes Jahr wächst die Erdbevölkerung um mindestens 100 Millionen Menschen. Das entspricht der Bevölkerung von ganz Deutschland.

Von der Erde verkraftbar wären ca. 1,5 Milliarden Menschen. Die Zahl der Erdenmenschen lag im Mai 2020 offiziell bei rund 7,8 Milliarden Menschen. Inklusive einer hohen Dunkelziffer nicht gezählter Menschen sind es heute in Wahrheit schon über 9 Milliarden Menschen, die unseren schönen blauen Planeten bevölkern.

Das macht jegliche noch so gut gemeinte Bemühung für den Umwelt- und Tierschutz und jede Klima-Demonstration zur sinnlosen Farce, solange nicht gleichzeitig weltweite Geburtenregelungen eingeführt werden, beginnend mit einem mehrjährigen, weltweiten Geburtenstopp.

Statistisch "genesen" und doch krank: Ex-COVID-19-Patienten klagen an – Medienbericht© REUTERS / Fabrizio Bensch

21:00 27.05.2020 (aktualisiert 09:46 28.05.2020)



In Deutschland haben viele Coronavirus-Infizierte die damit einhergehende Atemwegserkrankung COVID-19 überlebt. Laut Statistik sind sie "Genesene".

Nun muss "genesen" nicht "gesund" heissen. Denn die "Überlebenden" seien teils kränker als davor: Alters- wie Risikogruppenunabhängig. In der öffentlichen Diskussion sei dies jedoch bedeutungslos.

Die Erfahrungen von COVID-19-Überlebenden spielten in der öffentlichen Diskussion so gut wie keine Rolle, so die Feststellung des TV-Magazins "Frontal21".

Insbesondere über Patienten, die COVID-19 daheim durchgestanden hätten, gäbe es bislang kaum Erkenntnisse. Die statistisch als "genesen" Klassifizierten hätten mit gravierenden Spätfolgen der bislang noch weitgehend unerforschten coronavirusbedingten Erkrankung zu kämpfen. Schliesslich könne das primär Atemwegserkrankungen verursachende Virus multiple weitere Auswirkungen haben: Nerven und Nieren betreffen, die Infektion kann zu Gefässverengungen und Embolien führen – bei COVID-19-Überlebenden in wie ausserhalb von sogenannten Risikogruppen. Die Betroffenen suchen nun nach anderen Wegen, ihre Geschichte zu erzählen; Leidensgenossen fänden einander im Internet.

Coronatest sticht Herzinfarkt

Einer der Protagonisten des Beitrags gehört zwar als Diabetiker der Risikogruppe bei Corona an, doch er genas von COVID-19: Nur, um danach einen Herzinfarkt zu erleiden.

Trotz eindeutiger Symptome – Fieber und Husten – habe ihn niemand testen wollen, sein Arzt habe ihn wieder nach Hause geschickt. Daheim habe er durchzuhalten versucht, doch seine Frau habe dann ob seines schlechten Zustands doch einen Notarzt gerufen: Da habe die Sauerstoffsättigung des Blutes des 63-jährigen Bochumers bei gerade mal 82 Prozent gelegen. Ab dem Zeitpunkt habe er mehr oder weniger einen "Filmriss" gehabt, berichtet er. 13 Tage habe er im Krankenhaus gelegen.

Der als "genesen" Entlassene erlitt drei Wochen später einen Herzinfarkt. Im Krankenhaus habe man allerdings zunächst einen Coronatest machen wollen. Auch, weil auf seiner Akte "COVID-19-Patient" gestanden habe. Trotz der Aufklärungsversuche zur Genesung sei er isoliert und erneut getestet worden. Dem Herzinfarkt habe man sich dann erst am nächsten Tag gewidmet.

"Komme nicht auf die Beine"

COVID mache ihm auch jetzt noch zu schaffen, er fühle sich mitnichten geheilt: es gäbe Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit, cognitive Probleme, Autofahren etwa ginge nicht mehr, auch mit der Rechtschreibung sei es nicht mehr so weit her: (...) sein Allgemeinzustand habe sich verändert und er habe nicht das Gefühl, "auf die Beine" zu kommen.

Geruchssinn und Kondition post-covid

Ein weiterer Überlebender, angeblich nicht einer Risikogruppe angehörig, habe seit drei Monaten so gut wie keinen Geruchssinn mehr (er liegt bei zehn Prozent), die Fitness sei mitnichten zurückgekehrt, so der

5

Radfahrer. Als er Symptome verspürte, habe er tagelang versucht, Hilfe über das Gesundheitsamt zu bekommen, schliesslich habe er einen Arzt ans Telefon gekriegt. Dessen Rat sei gewesen: "Trinken Sie Wasser", durch die Einnahme von viel Flüssigkeit würde auch das Fieber wieder weggehen. Auf die vorangegangenen acht Fiebertage sei der Arzt nicht eingegangen. Da der Patient keine Kraft hatte, sich darüber "aufzuregen", habe er es "hingenommen", berichtet er. Dies sei "fahrlässig" gewesen, so seine Wertung im Nachhinein. Eine Rechnung bekommen habe er für die "eingehende Beratung". Nur einen Tag später habe der Notarzt gerufen werden müssen – der Patient habe sich kaum noch halten können und es sei zu wenig Sauerstoff im Blut gewesen. Die Hilfe, die ihm dann zuteil wurde, hätte er schon ein paar Tage früher gebraucht, so der 46-Jährige aus dem bayerischen Odelshausen. Auch Wochen nach COVID-19 spüre er noch die Auswirkungen auf die Kondition, habe jetzt noch "zu kämpfen".

Virologen und das reale Bild in der Öffentlichkeit

Laut dem Frontal21-Bericht soll es vielen COVID-19-Patienten so gehen. Der Weg zurück dauere, heisst es, und die Symptome würden die Menschen nicht Ioslassen. Doch in der öffentlichen Diskussion würden die betroffenen Patienten und ihre Erfahrungen kaum eine Rolle spielen. Ein Betroffener meint, man solle sich nicht nur auf die Virologen verlassen. Zwar sei deren Expertise wichtig, aber es gelte nun, ein reales Bild aus der Bevölkerung zu gewinnen. Ein Bild, wonach nicht nur 80-Jährige oder die mit Vorerkrankungen betroffen seien. Ein Bild, wonach die Krankheit jeden treffen könne.

Alleinstehende Frau: "Bitte, bitte, lasst mich nicht sterben"

Im dritten Fall geht es um eine sportliche 42-Jährige aus Hamburg. Sie sei in Ischgl gewesen und habe schon im Urlaub am Skiort starke Kopfschmerzen verspürt, so der Bericht. Nach ihrer Rückkehr hätten sich sie und ihre Ski-Freunde testen lassen wollen, doch dieses Vorhaben sei trotz zehn bis zwölf Stunden langer Versuche über die Corona-Hotline ergebnislos geblieben. Vor COVID-19 sei sie "kerngesund" gewesen, heisst es.

Die allein lebende Frau habe sich elend gefühlt und hätte sehr starke Lungenschmerzen gehabt. Sie wäre lieber ins Krankenhaus gegangen, doch der Notarzt habe sie nicht mitgenommen, heisst es im Beitrag. Sie habe Angst gehabt, keine Luft mehr zu bekommen und dann allein in der Wohnung zu sein, so die Frau. Sie hätte sich gewünscht, dass sie "einmal richtig untersucht" würde. Selbst ein zweiter Notarzt habe abgewiegelt, trotz ihrer Schmerzen: Ihre Lunge würde sich "gut anhören". "Da ist nichts", sei das Fazit gewesen, und sie könne beruhigt sein: "Sie sind kein Fall fürs Krankenhaus, Sie können ja noch selbständig atmen", sei ihr zugeredet worden.

Angesichts der TV-Berichte aus Italien habe sie daheim sitzend gedacht: "Bitte, bitte, lasst mich nicht sterben (...). Ich möchte nicht sterben." Während ihrer Infektion sei sie nicht einmal im Krankenhaus behandelt worden, so der Bericht. Da sie keine Besserung verzeichnete, habe sie sich einen Oxymeter besorgt, mit dem sie ihren Sauerstoffgehalt im Blut selbst würde kontrollieren können. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass ihre Lungenfunktion nun nur noch bei 67 Prozent liege, garniert mit Dauerkopfschmerz – drei Monate nach Ischgl. Die Ärzte hätten weder eine Erklärung dafür, noch ein wirksames Medikament, so der Bericht.

"Was da noch kommen mag": Leidensgenossen im Internet gefunden

Über Patienten, die COVID 19 daheim durchgestanden hätten, gäbe es bislang kaum Erkenntnisse, so der Bericht. Via Internetrecherche hätten sich einige COVID-19-Patienten gefunden, "deren Genesung alles andere als glatt verläuft".

Man habe Angst, was da noch kommen möge, ob die Lunge "okay" sei, denn laut Arzt sei das der Fall, nur anfühlen würde es sich so gar nicht danach, so ein weiterer Erfahrungsbericht einer anderen jungen Frau aus der Gruppe. "Die Ärzte wissen nicht so viel darüber", da sei es "schwierig, weiterzukommen oder Hilfe zu bekommen". Dass Schmerzen kommen und gehen würden, sei hinlänglich bekannt – so würde es allen COVID-Patienten gehen, lautete die lakonische Bemerkung eines Arztes. Die COVID-Überlebende kritisiert, dass darüber aber "gar nicht gesprochen" würde: Sie höre weder Virologen noch Ärzte im TV darüber sprechen, was mit den Patienten sei, die bereits COVID-19 hatten. Bis auf die Tatsache, dass sie statistisch als "genesen" gälten, so der Bericht.

ba Quelle: https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20200527327228492-corona-genesene-statistik-klage/

An etwas glauben

An etwas glauben bedeutet, dass eine unbeweisbare Aussage als Wahrheit angenommen wird. \$\$\$C, 11. Juni 2019, 22.40 h. Billy

Die MENSCHHEIT wächst sich zu Tode – Wir brauchen einen weltweiten GEBURTENSTOPP!



ÜBERBEVÖLKERUNG - Wurzel der Klimakatastrophe: Weltweite GEBURTENREGELUNG jetzt!



Petition für globale Geburtenregelungen in 14 Sprachen:

https://www.change.org/p/weltweite-geburtenregelungen-verbindlich-einf%C3%BChren-introduce-obligatory-world-wide-birth-controls

FIGU-Landesgruppe Deutschland e.V. - https://de.figu.org



We need a global birth stop!

https://www.change.org/p/united-nations-introduce-obligatory-world-wide-birth-controls

Doku von Michael Moore von YouTube gelöscht – Rache der "grünen Kapitalisten"?

28.05.2020 • 06:00 Uhr https://de.rt.com/27e3



Quelle: Reuters © Carlo Allegri

Der Filmemacher Michael Moore während einer Kundgebung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders in Cedar Rapids, Iowa, USA, am 1. Februar 2020.

Ein vom Oscargekrönten Regisseur Michael Moore produzierter Dokumentarfilm zum Thema Umweltschutz wurde von YouTube entfernt. Laut Moore und seinem Regisseur Jeff Gibbs habe man mit dem kritischen Film offenbar die "grünen Kapitalisten" verärgert.

Der Film "Planet of the Humans", der von Michael Moore produziert wurde und bei dem Jeff Gibbs Regie führte, wurde rund einen Monat nach seinem Erscheinen aufgrund eines Urheberrechtsanspruchs von YouTube entfernt. Bis kurz vor seiner Löschung kam der Film auf mehr als 8,3 Millionen Zuschauer. Der fragliche Urheberrechtsanspruch betrifft einen vier Sekunden langen Clip, der den Abbau von Seltenen Erden zeigt, die bei der Herstellung von Windturbinen verwendet werden.

In einer Erklärung auf der Deadline-News-Website bezeichnete Gibbs die Löschung des Films als "einen eklatanten Akt der Zensur durch politische Kritiker" und behauptete, er habe das umstrittene Filmmaterial unter "Fair Use" aufgenommen. Als Fair Use (deutsch: Angemessene Verwendung) bezeichnet man eine Rechtsdoktrin der Urheberrechtssysteme einiger Common-Law-Länder (zum Beispiel US-amerikanisches Copyright), die bestimmte nicht autorisierte Nutzungen von geschütztem Material zugesteht, sofern sie der öffentlichen Bildung und der Anregung bewusstseinsmässiger Produktionen dienen.

Die Doktrin ist in § 107 des US-amerikanischen Copyright Act (17 U.S.C.) kodifiziert und erfüllt eine vergleichbare Funktion wie die Schrankenbestimmungen des kontinentaleuropäischen Urheberrechts. Es sei ein Missbrauch des Urheberrechts, einen Film zu löschen, der ein ernsthaftes Gespräch darüber anstossen wolle, wie Teile der Umweltbewegung mit der Wall Street und sogenannten "grünen Kapitalisten" ins Bett gingen, beklagte Gibbs.

Er arbeite mit YouTube zusammen, um das Problem zu lösen und den Film so schnell wie möglich wieder verfügbar zu machen, so der Regisseur weiter. Der Antragsteller hinter dem Urheberrechtsanspruch, Toby Smith, ein britischer Fotograf, sagte gegenüber dem Guardian, dass er YouTube direkt kontaktiert habe, anstatt sich an Moore und Gibbs zu wenden, weil er "nicht an Verhandlungen interessiert" sei. Er erklärte, dass er mit dem Film grundsätzlich nicht einverstanden sei.

Ich unterstütze den Dokumentarfilm nicht, ich stimme seiner Botschaft nicht zu, und ich mag die irreführende Verwendung von Fakten in seiner Erzählung nicht", so Smith in einem Statement.

Der Film "Planet of the Humans" versucht eine Kritik an der bestehenden Umweltbewegung aus einer orthodox linken Position heraus. Laut Gibbs seien die gemeinhin angepriesenen "grünen Lösungen" im Bereich der erneuerbaren Energien "verzweifelte Massnahmen nicht zur Rettung des Planeten, sondern

zur Rettung unserer Lebensweise". Der Film wirft auch Fragen zu möglichen finanziellen Interessenskonflikten bei führenden Umweltschützern auf, die für grüne Energie werben, wie zum Beispiel der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore.

Kein Wunder, dass der Film nach seinem Erscheinen für erbitterte Kontroversen sorgte. Laut vielen US-amerikanischen Umweltaktivisten sei der Film "voreingenommen", "unwissenschaftlich" und sogar "gefährlich". Andere wiederum begrüssten den Film und wiesen unter anderem darauf hin, dass zum Beispiel eine 2019 in der Fachzeitschrift <Nature Communications> veröffentlichte Studie besage, dass die biologische Landwirtschaft die Treibhausgasemissionen "verschlimmern" könnte.

Die Frage sei, ob die immer wieder vorgeschlagenen Lösungen gegen den Klimawandel wirklich so nachhaltig seien, wie die Befürworter behaupten würden.

Hier der Trailer des Films, leider nur in englischer Sprache:



(Anmerkung: Siehe https://www.youtube.com/watch?v=A11pmP7Yzlc&feature=emb_logo)
Quelle: https://deutsch.rt.com/gesellschaft/102891-doku-von-michael-moore-bei-you-tube-geloescht-rache-der-gruenen-kapitalisten/

Video: Endgame 2050



What will the future be like in the year 2050? A mere three decades away, most of us hope to still be around. So, what kind of future are we riding into? ENDGAME 2050 gives us a glimpse into that future, and it does not look good. Humanity has backed itself into an ecological endgame as we approach midcentury. Featuring musician Moby along with leading scientists, ENDGAME 2050 lays out the reality that,

unless we act urgently now, we are hastening our own destruction. -- I was born and raised in Guadalajara, Mexico. I attended medical school there and, as a student, my dream was to help people as a doctor. I devoted a full decade of my life for medical training in that pursuit. Over time, however, my perspective changed on what I believe is most urgent. I have come to understand that humans - myself included - are literally destroying the planet on which we live. Humanity is not only making the planet uninhabitable for human civilization, but also for countless other species with whom we share this world. I believe this is a crime like no other and feels a deep sense of concern, in particular, for all the other animals who are being decimated by human activities. I made ENDGAME 2050 because I want people to wake up to the gravity of the situation before it's too late. I think many environmental films sugarcoat our reality and the extent of changes needed. They sometimes don't want to make people too uncomfortable. But I think that does a grave disservice to the audience and the planet. I wanted this film to clearly lay out the dire situation in which we now find ourselves, and the responsibility for these global problems that we all bear. I think we owe it to the planet, other species, and ourselves to not bury our heads in the sand. -- FEATUR-ING: Moby, Boris Worm, Paul Ehrlich, Claire Kremen, Bill Ryerson, Malcolm Potts, Alicia Graves, David M. Romps, Daniel H. Miller, James Gerber, Philip Wollen, Kim A. Williams, Josh LaJaunie, T. Colin Campbell, Bandana Chawla, Munish Chawla, Michelle McMacken and Robert Ostfeld https://w - WEBSITE: ww.endgame2050.com/

Wie wird die Zukunft im Jahr 2050 aussehen? Nur drei Jahrzehnte entfernt hoffen die meisten von uns, noch da zu sein. In welche Zukunft fahren wir also? ENDGAME 2050 gibt uns einen Einblick in diese Zukunft und es sieht nicht gut aus. Die Menschheit hat sich in ein ökologisches Endspiel zurückgezogen, dem wir uns Mitte des Jahrhunderts nähern. Mit dem Musiker Moby und führenden Wissenschaftlern zeigt ENDGAME 2050 die Realität, dass wir unsere eigene Zerstörung beschleunigen, wenn wir jetzt nicht dringend handeln.

Ich bin in Guadalajara, Mexiko, geboren und aufgewachsen. Ich besuchte dort die medizinische Fakultät und als Student träumte ich davon, Menschen als Arzt zu helfen. Ich habe ein ganzes Jahrzehnt meines Lebens der medizinischen Ausbildung gewidmet. Im Laufe der Zeit änderte sich jedoch meine Sichtweise auf das, was ich für am dringendsten halte.

Ich habe verstanden, dass Menschen – ich selbst eingeschlossen –... den Planeten, auf dem wir leben, buchstäblich zerstören. Die Menschheit macht den Planeten nicht nur für die menschliche Zivilisation unbewohnbar, sondern auch für unzählige andere Arten, mit denen wir diese Welt teilen. Ich glaube, dies ist ein Verbrechen wie kein anderes und es ist besonders besorgniserregend für alle anderen Tiere, und das Getier usw., die durch menschliche Aktivitäten dezimiert werden.

Ich habe ENDGAME 2050 gemacht, weil ich möchte, dass die Leute aufwachen und den Ernst der Situation verstehn, bevor es zu spät ist.

Ich denke, viele Umweltfilme beschönigen unsere Realität und das Ausmaß der notwendigen Veränderungen. Sie möchten manchmal nicht, dass sich Menschen zu unwohl fühlen. Aber ich denke, das ist ein schwerwiegender Nachteil für das Publikum und den Planeten. Ich wollte, dass dieser Film die schlimme Situation, in der wir uns jetzt befinden, und die Verantwortung für diese globalen Probleme, die wir alle tragen, klar darlegt. Ich denke, wir sind es dem Planeten, anderen Arten und uns selbst schuldig, unsere Köpfe nicht in den Sand zu stecken.

MITWIRKENDE: Moby, Boris Worm, Paul Ehrlich, Claire Kremen, Bill Ryerson, Malcolm Potts, Alicia Graves, David M. Romps, Daniel H. Miller, James Gerber, Philip Wollen, Kim A. Williams, Josh LaJaunie, T. Colin Campbell, Bandana Chawla, Munish Chawla, Michelle McMacken und Robert Ostfeld WEBSITE: https://www.endgame2050.com/

Anmerkung:

Dr. Paul Ehrlich & Dr. Claire Kremen:

"Der Nr. 1 Grund für die Zerstörung unseres Lebensraumes und des Artensterbens ist das Bevölkerungswachstum!"

Dr. Paul Ehrlich & Dr. Claire Kremen:

"The No. 1 reason for the destruction of our habitat and the extinction of species is population growth!"





Achim Wolf, Deutschland

54 Mio Amerikaner haben nicht genug zu essen

Dienstag, 2. Juni 2020, von Freeman um 12:05

Amerika ist pleite, am Boden, ausgemergelt und leergesaugt. Die wirklichen Plünderer, die das verursacht haben, sind die Bankster, die Geldelite, die Zentralbanker und ihre Spezies, die Spekulanten an der Wall Street, die vollgefressenen Maden im Speck, die Blutsauger, die Parasiten, die vom Fleiss der Arbeiterklasse und dem Mittelstand profitieren. Diese Heuschrecken haben die Nation kahlgefressen und sind Milliardäre, Multimilliardäre und Multi-Multi-Milliardäre geworden. Noch nie gab es so einen krassen Unterschied zwischen der kleinen Gruppe der Superreichen, die alles beherrschen, und der Masse der Armen in den Vereinigten Staaten, die nichts, absolut nichts zu sagen hat.



Nach dem 6 Billionen Dollar Bailout hat der Eisberg die Fed Amerika gerammt und das Schiff geht unter. Die Verbrecher sitzen in den Rettungsbooten.

Nicht die Menschen, die jetzt protestieren, sind Plünderer, weil sie in Supermärkte eindringen und für wenige Dollar was mitnehmen, sondern die Oberplünderer sind die genannten Raubtierkapitalisten, die Billionen, nicht Milliarden, zig Billionen von den jeweiligen Marionetten im Weissen Haus und von den Volkszertretern im Senat und Repräsentantenhaus – egal welcher Partei —geschenkt bekommen oder dem Staat geraubt haben.

Wer profitiert am meisten von den Hilfsgeldern, die wegen der gefakten Corona-Pandemie von den Politikern in Washington genehmigt wurden? Die Reichen und die Megakonzerne, die eh mehr als genug haben. Sechs Billionen Dollar an Geschenken, ja sechstausend Milliarden Dollar wurde über Nacht von den Politikern verteilt. Das normale Volk wurde mit lächerlichen Almosen abgespiesen, während Amerikas Milliardäre in den letzten Monaten um 484 Milliarden reicher wurden.

Daten von Mitte März bis Mitte Mai zeigen, dass die Wohlhabendsten des Landes von der Gesundheitskrise erheblich profitiert haben. Die fünf grössten US-Milliardäre – Jeff Bezos, Bill Gates, Mark Zuckerberg, Warren Buffett und Larry Ellison – sahen ihr Vermögen um insgesamt 75,5 Milliarden Dollar oder 19% wachsen. Aber das normale Volk nagt am Hungertuch und vegetiert am Existenzminimum.

Wie ist es möglich, dass der Menschenschinder- und Ausbeuterkonzern Amazon vergangenes Jahr trotz eines Profits von 11 Milliarden nicht nur keine Steuern zahlte, sondern 129 Millionen an Steuerrückzahlung erhielt? Der Grund, wegen Trumps Steuersenkung nach seiner Wahl, welche den Konzernen eine riesen Ersparnis brachte. Ihnen wird Geld nachgeschmissen und der arbeitenden Bevölkerung mit immer höheren Steuern das hart verdiente Geld abgenommen.

Am schlimmsten beim Geldverteilen und am grosszügigsten waren dabei die Demoratten, die angeblichen "Sozis", die welche von sich behaupten, auf der Seite der Unterprivilegierten und Arbeiter zu sein. Eine Lachnummer und ein Witz, denn es gibt nur eine Einheitspartei in Washington, die Korruptions- und Kriegspartei. Zur gleichen Zeit haben über 40 Millionen Amerikaner ihren Arbeitsplatz verloren, und dann wundert man sich, warum es zu Protesten, Aufständen, Plünderungen und Zerstörungen in vielen Städten kommt?

Die Scharlatane unter den "Truthern" erzählen wieder euch Verschwörungsgläubigen, die Menge werde von Soros und Co. angestachelt und Trump macht es richtig. Beide stehen doch auf derselben Seite, nur in zwei Fraktionen, denn beide sind superreich und nur Marionetten, die Befehle der "Geldwechsler" ausführen, der gierigen und nimmersatten Blutsauger.

Deren gespielte Differenzen und Auseinandersetzung sind genauso ein Fake wie Wrestling- oder Boxkämpfe, wo so getan wird, als ob wären es echte Kämpfe. Ist doch nur Showbusiness für das naive Publikum, um von den Verbrechen der Elite abzulenken, und von ihren existenziellen Nöten. Brot und Spiele eben. Unterhaltung kommt von "unten halten", Wörter haben eine Bedeutung.

Es wird von den Trump-Fans unterstellt, er wolle die Grundfehler und Grundprobleme der Vereinigten Staaten korrigieren. Will er nicht. Nämlich, dass das Land aus einem ungerechten und unmenschlichen System besteht, aus einer Feudalgesellschaft, wo Reiche alles haben, alles dürfen und mit allem davon kommen, aber die ohne Geld nichts haben und die Brutalität des Gesetzes für jede Kleinigkeit voll zuschlägt.

Die Vereinigten Staaten haben die grösste Gefängnispopulation der Welt und die höchste Pro-Kopf-Inhaftierungsrate, denn fast 7 Millionen Menschen unterliegen dem Strafvollzugssystem!!!

Dieser Gefängnisstaat vermietet die Gefangenen an die Konzerne, wie AT&T, Walmart, Microsoft, Starbucks, McDonalds, Victoria's Secret, Whole Foods und Nintendo, die wenige Cents pro Stunde bezahlen, um mit diesen billigst billigst Löhnern Produkte zu produzieren, was sehr profitabel ist. Ganz klar ist das Sklavenhaltung!!!

Nächstes Mal, wenn ihr einen BigMac in euch hineinschiebt (kotz), oder eure Kinder den grausigen Frass wollen, denkt dran, die Uniformen für das Personal des gelben M werden von Gefangenen genäht.

Die Realität des amerikanischen Albtraums: Wohlstand und Haus weg, finanziell in Ketten gelegt, arbeitsund obdachlos und in Zelten auf der Strasse.

Wenn man seinen Job verloren hat, einem das Geld ausgeht und die Ersparnisse in die roten Zahlen laufen. Wenn man mit seiner Miete oder Hypothek im Rückstand ist und Schwierigkeiten hat, alle seine Rechnungen zu bezahlen. Wenn man das Kleingeld sammeln muss, um in den Lebensmittelladen zu gehen und Lebensmittel für seine Familie oder Benzin für das Auto zu kaufen, damit man überhaupt zum Laden kommt. Wenn man in Ketten liegt und nicht frei ist, dann ist es Zeit, endlich aufzustehen und zu rebellieren. Dann muss man aufhören zu funktionieren, brav zu folgen und zu gehorchen.

Seit wann arbeiten Politiker für das Volk und sind an dessen Wohlergehen interessiert? Das war noch nie so. Es geht für sie nur um Macht, Privilegien und Taschenfüllen. Wieso ist es sonst möglich, dass eine Rekordzahl von Amerikanern in diesem Jahr mit Hunger konfrontiert sind, da die durch den Lockdown verursachten katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen voraussichtlich dazu führen werden, dass Dutzende Millionen Menschen nicht in der Lage sein werden, genügend Lebensmittel für die Ernährung ihrer Familien zu kaufen.

Jeder der bis drei zählen kann, konnte doch vorhersehen, ein Lockdown der ganzen Gesellschaft und Stilllegen der Wirtschaft wird einen gigantischen Schaden anrichten, Betriebe pleitegehen lassen, sehr hohe Arbeitslosigkeit verursachen und zu einer noch nie gesehenen Rezession führen. Wie bescheuert muss man sein, um wegen einer "Lebensrettung" von einigen wenigen durch das Einsperren der ganzen Bevölkerung dafür Millionen in die Armut zu treiben und hungern zu lassen?

Landesweit ist die Nachfrage nach Hilfe von Tafeln und Speisungen rapide in die Höhe geschnellt, seit dem die Politiker die Wirtschaft zum Stillstand gezwungen haben, was nach den neuesten Zahlen zu mehr als 40 Millionen neuen Arbeitslosengeld-Anträgen geführt hat.



Infolgedessen könnte in diesem Jahr schätzungsweise jedes vierte Kind, d.h. das Äquivalent von 18 Millionen Minderjährigen, Nahrungsmittelhilfe benötigen – ein Anstieg um 63% im Vergleich zu 2018. Insgesamt könnten etwa 54 Millionen Menschen in den USA ohne Hilfe von Lebensmittelausgaben, Lebensmittelmarken und anderen Hilfsmitteln hungern, so eine Analyse von Feeding America, dem nationalen Netzwerk der Tafelorganisationen.

Amerikas Ernährungsunsicherheitskrise war schon vor der Covid-19-Pandemie schlimm, als mindestens 37 Millionen Menschen in Haushalten lebten, die nicht über genügend Geldmittel verfügten, um den ständigen Zugang zu ausreichender Nahrung für ein aktives, gesundes Leben zu gewährleisten.

Die Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung könnte jahrelang andauern, was bedeutet, dass Millionen von Amerikanern mittel- und langfristig wahrscheinlich Hilfe bei Nahrungsmitteln, Versorgungseinrichtungen und Mieten auf Dauer benötigen werden.

Im Bezirk Los Angeles werden in diesem Jahr voraussichtlich 1,68 Millionen Menschen in Ernährungsunsicherheit leben – die höchste Zahl im ganzen Land. Er ist mit 10 Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Bezirk der USA, in dem die Arbeitslosigkeit auf 20,3% gestiegen ist – fünf Prozentpunkte höher als im Bundesstaatsdurchschnitt - und in dem sich die Anträge auf Lebensmittelmarken im Vergleich zum letzten Jahr fast verdreifacht haben.

"Wenn die Zahlen so bleiben, können die Tafeln das nicht verkraften, das übersteigt unsere Möglichkeiten, es wird viel davon abhängen, wie lange die Hilfe der Regierung anhält", sagte Michael Flood, Präsident der Los Angeles Food Bank, die seit Beginn der Pandemie 80% mehr Lebensmittel verteilt hat.

Susan King, Präsidentin von Feeding Northeast Florida, stimmt dem zu: "Am meisten mache ich mir Sorgen, wenn sich der Staub gelegt hat, wenn die Hilfe des Bundes und der Bundesstaaten vorbei ist, aber die Schlange der Menschen, die auf Nahrung warten, immer noch lang ist."

King fügte hinzu: "Dies ist ein Marathon, wir können nicht beschönigen, wie beängstigend es ist; es hält mich nachts absolut wach."

Das folgende Video zeigt eine Luftaufnahme der kilometerlangen Autoschlange, die sich vor einer Lebensmittelausgabe gebildet hat:

Was ist das überhaupt für ein bankrottes, moralisch verwerfliches und kaputtes System, wo es Oligarchen einerseits gibt, die auf einem immensen Berg an zusammengestohlenen Vermögen sitzen und meinen, sie seien deshalb Götter, wie Bill Gates der Impf-Gott, und auf der anderen Seite seien es 54 Millionen Menschen, die ohne gratis Lebensmittelverteilung hungern?

Was ist das für ein absurdes System, wo die Menschen keine Arbeit haben, viele Klein- und Mittelbetriebe stillstehen oder Konkurs angemeldet haben, die Rezession volle Fahrt hat, aber die Börsenkurse steigen? Die manipulierten Märkte spiegeln überhaupt nicht die Realität wider. Aber das offizielle Amerika lobt sich und zeigt immer mit dem Finger als Moralprediger auf andere Länder und mischt sich überall ein.

Trump spielt ständig den Grosskotz und selbstverliebten Angeber, wie toll doch Amerika unter seiner ersten Amtszeit dastehe. Nichts könnte entfernter von der Wahrheit sein. Der einzige, der bisher von seiner Politik profitiert hat, ist das riesige und gefrässige Monster des Militärisch-Industriellen-Rüstungs-Kriegs-Sicherheits- und Finanzkomplexes, dem alle dienen. Dafür gibt es unbegrenzte Geldmittel durch eine astronomische Schuldenwirtschaft, was die wirkliche Plünderung des Staates darstellt!!!

In Deutschland ist es nicht viel anders, wie dieser Bericht zeigt: "Mittelstand zerstört, Arbeitsplätze weg – wie überstehen wir die Krise?"

(Anmerkung: Siehe https://www.youtube.com/watch?v=ruAYM-PJXC4&feature=emb_logo)

Die Politiker, Bürokraten und Antidemokraten lieben den Lockdown, die Gängelung, die Vorschriften, die Kontrolle und die Strafen, weil es zu mehr Regierungsmacht und mehr staatlicher Abhängigkeit führt. Es ginge ihnen um den Gesundheitsschutz, ist eine billige Ausrede und Lüge. Diese "neue Normalität" darf niemals akzeptiert werden.

Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2020/06/54-mio-amerikaner-haben-nicht-genung-zu.html#ixzz6OwmEIPCb

Wieso verzichten Minister und Kanzlerin nicht auf Gehaltserhöhung während Corona-Krise?

9.06.2020 • 14:40 Uhr, https://de.rt.com/27p3



Wieso verzichten Minister und Kanzlerin nicht auf Gehaltserhöhung während Corona-Krise?

Im Zuge der Corona-Krise beklagen Millionen arbeitender Menschen massive Gehaltseinbussen – auch in Deutschland. Doch während etwa die österreichische Regierung als Zeichen der Solidarität einen Monatslohn spendet, will man davon in der Bundesregierung nichts wissen.

Im März, also zu einem Zeitpunkt, als die Corona-Krise Deutschland schon erfasst hatte, erhöhten sich turnusgemäss die Gehälter aller Bundesminister und der Kanzlerin: Die monatlichen Amtsbezüge der Bundeskanzlerin um 308 Euro, die der Bundesminister um 248,38 Euro und die der Parlamentarischen Staatssekretäre um 189 Euro. Die Bundeskanzlerin bezieht derzeit nach Angaben des Bundes der Steuerzahler rund 20 165 Euro monatliches Amtsgehalt. Hinzu kommt eine steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung von rund 12 271 Euro. Die Bundesminister verdienen durchschnittlich 16 426 Euro pro Monat. Auch ihnen steht eine jährliche steuerfreie Pauschale in Höhe von etwa 3681 Euro zu.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet das Gesetzespaket mit Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Berlin, 27. März 2020).

Während in Deutschland also Millionen Arbeitnehmer im Zuge der Corona-Massnahmen massive Gehaltseinbussen zu verzeichnen haben und Hunderttausende ganz um ihre Arbeitsstelle bangen, akzeptieren die Kanzlerin, ihre 15 Minister sowie die 35 Parlamentarischen Staatssekretäre die nicht unbedeutende Gehaltserhöhung. Dass es auch anders geht, zeigt etwa die neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern, die freiwillig auf 20 Prozent ihres bisherigen Gehalts verzichtet. Die Regierungsmitglieder in Österreich entschieden sich, einen Monatslohn zu spenden, die Regierung in Bulgarien verzichtet auf eine Gehaltserhöhung. Auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages entschieden sich, auf die nächste Diätenerhöhung zu verzichten.

Auf der Bundespressekonferenz wurde Regierungssprecher Steffen Seibert mit Verweis auf die Gesten der österreichischen und neuseeländischen Regierung gefragt, ob die Bundesregierung ähnliche solidarische Gesten plane. Dies wurde verneint. Auf die Frage von RT Deutsch-Redakteur Florian Warweg, ob die Bundesregierung im Sinne der Corona-Ansprache des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bereit sei, auch persönlich Verzicht zu üben, erklärte der Regierungssprecher:

Die Bundesregierung hat in einem Umfang, den es vorher noch nie gegeben hat, Hilfen für Wirtschaft und für Bürger beschlossen. Das ist die Arbeit, die eine Bundesregierung typischerweise tut. Die ist nicht symbolisch, die ist praktisch.

Steinmeier hatte in seiner Rede am 22. April anlässlich der Corona-Krise erklärt:

Wahr ist, die Zeit wird nicht spurlos an uns vorbeigehen. Wir werden einiges von dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand preisgeben. Aber wir sind und wir bleiben eine starke Volkswirtschaft – mit Millionen Menschen, die weiter anpacken oder wieder loslegen wollen. So wie wir das Virus gemeinsam besiegen werden, so werden wir uns mit Fleiss und Klugheit auch aus dem wirtschaftlichen Tal gemeinsam wieder herausarbeiten.

Quelle: https://deutsch.rt.com/inland/103287-wieso-verzichten-minister-und-kanzlerin-nicht-auf-gehaltserhoehung/

Maas für "nukleare Teilhabe" – bei der Selbstzerstörung

hwludwig Veröffentlicht am 9. Juni 2020

In Deutschland lagern noch immer US-Atombomben. Die Mehrheit der Deutschen ist schon lange dagegen. Denn es liegt auf der Hand, dass ein künftiger Atomkrieg dort ausgefochten wird, wo die Atomwaffen eingelagert sind. Doch die deutschen Regierungen treiben mit der Bevölkerung ihr Spiel. Und wie immer ist der staatliche Rundfunk zur medialen Desinformation und Täuschung der Menschen zu Diensten. Ein weiteres Beispiel seiner permanenten verfassungsfeindlichen Machenschaften zur Ausschaltung des Souveräns: (hl.)

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

Die Tagesschau unterschlägt Nachrichten über das US-Atombombenlager in Büchel und über den Betrug am deutschen Wähler.

Die grosse Mehrheit der Bundesbürger ist gegen die Stationierung von Atombomben auf deutschem Boden. Für ein Verbot, hierzulande US-amerikanische Massenvernichtungswaffen zu lagern, sprechen sich 86 Prozent der Befragten aus. (1) Das prinzipielle "Nein" des Volkes besteht schon länger als ein halbes Jahrhundert. Entsprechend haben auch die Bundesregierungen seit 1990 behauptet, sie wünschten den Abzug. Tatsächlich machten sie aber keinen Finger krumm, sondern nur Bückling, wenn die USA ihr nukleares Arsenal in Deutschland zu erweitern wünschten. Ganz vorn dabei unter den Doppelzüngigen: Aussenminister Heiko Maas, SPD. (2) Was bringt die Tagesschau darüber? So gut wie nichts.

Um einer Legende abzuhelfen: Die USA unterhalten nicht nur im rheinland-pfälzischen Büchel ein Atombombenlager. Vielmehr haben sie nukleare Massenvernichtungsmittel auf weitere rund zwei Dutzend Sondermunitionslager, Raketenstellungen und Artilleriegarnisonen verteilt. Auf Standorte in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. (3) Es handelt sich um Gefechtsköpfe für Raketen, um Minen und Artilleriegeschosse. In welchen Mengen sie in unserer Republik bereitgehalten werden, weiss nicht mal die Bundesregierung genau.



Quelle Beitragsbild: Screenshot von ZDF Video "Stationierung neuer US-Atomwaffen in Deutschland"

Trotzdem steht das politische Funktionspersonal im Reichstag zum US-Regime, zwar würdelos, aber in Treue fest. Beispiel: Als im Juni 2017 in der UN-Generalversammlung 122 Staaten den Atomwaffen-Verbotsvertrag (4) beschlossen, enthielt sich Deutschland der Stimme. Als die Linkspartei im September dieses Jahres beantragte, Deutschland solle dem Vertrag nachträglich beitreten, lehnte die Mehrheit von CDU/CSU, SPD und FDP das ab. (5) Regierung und Parlamentsmehrheit pfiffen damit wie üblich auf Volkes Willen. Die Tagesschau schwieg dazu.

"Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben einen umfassenden Überblick über das internationale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben" schreibt ihnen der Rundfunkstaatsvertrag in seinem §11 ausdrücklich vor. (6) Dafür, dass dieser gesetzliche Auftrag erfüllt wird, sollen die Rundfunkräte sorgen. Die jedoch versagen in ihrer Kontrollfunktion genauso kläglich wie die Programmgestalter in ihrem Journalistenberuf.

SPD-Spitzenpolitiker aus der Spur

Zur Meldung genötigt sahen sich die transatlantisch abgerichteten regierungsfrommen Nachbeter in der Tagesschau-Redaktion erst, als der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich im Bundestag den Trampelpfad der ordinären USA-Gefolgsleute verliess: Zur allgemeinen Überraschung verlangte er im Reichstag und per Interview mit dem Tagesspiegel, die USA sollten ihre Atomwaffen aus Deutschland abziehen.(7) Da konnte selbst die ARD-Tagesschau das Wasser nicht mehr ganz halten. Zwar ist sie, wie schon ihr Name sagt, in erster Linie ihren Millionen Zuschauern verpflichtet und nicht den Internet-Lesern, aber sie liess die bedeutende Information trotzdem nur in ihre diskrete und unmassgebliche Nische tagesschau.de durchtropfen:

"In der SPD ist ein Streit um die künftige Beteiligung Deutschlands an der atomaren Abschreckung der NATO entbrannt, der auf die Grosse Koalition überzugreifen droht. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte gefordert, die Stationierung aller US-Atomwaffen in Deutschland zu beenden." (8)

Ein Musterfall von Tendenzjournalismus. Dank der vergifteten Formulierungen stehen nicht mehr Mützenichs Forderung selbst und deren Begründung im Zentrum, sondern der Akzent wird verschoben, die Aufmerksamkeit des Lesers wird auf den SPD-internen Streit gelenkt. Der "droht" (!) auf die GroKo "überzugreifen", wie schrecklich: Streit in der GroKo! Und Störenfried Mützenich, dieser NATO-Abweichler, bekommt sogar noch ausdrückliche Unterstützung von seinem SPD-Parteivorsitzenden Norbert Walter-

Borjans: Wollen die neuen SPD-Spitzenleute gar an die Ziele der Friedensbewegung anknüpfen, der sich Sozialdemokraten früher mal verbunden fühlten?

Es hätte journalistischer Sorgfaltspflicht entsprochen, wenn sich die ARD-aktuell-Redaktion nun um ein vertiefendes Interview mit Mützenich und Walter-Borjans bemüht, sie nach ihren Motiven gefragt und die Kernaussagen beider SPD-Spitzenleute zitiert hätte. Doch zwecks Vermeidung grösseren Ungemachs und Wahrung der eigenen Scheinobjektivität tat sie, was sie sonst unterlässt: Sie suchte nach Gegenpositionen, wurde natürlich ganz schnell bei der CDU fündig und liess Johann Wadephul klotzen, den Vizevorsitzenden der Unionsfraktion:

"Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht die Fortführung der nuklearen Teilhabe ausser Frage, sie ist aus gutem Grund im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das ist nicht verhandelbar." (ebd.)

Die damit fällige Nachfrage nach dem Wortlaut dieser angeblichen Vertragsklausel erlaubt sich ein ARD-Qualitätsjournalist natürlich nicht. Für eine selbständige Nachschau in dem Dokument hat er sowieso keine Zeit. Also entdeckt er Wadephuls Zwecklüge nicht. Über "nukleare Teilhabe" findet sich kein Wort im Koalitionsvertrag. Dort heisst es vielmehr:

"Wir wollen ein neues konventionelles und nukleares Wettrüsten auf unserem Kontinent vermeiden ... Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein." (9)

Das Opium des Wählervolkes

Manche Verträge sind bekanntlich das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Das gilt in besonderem Mass für Koalitionsverträge. Die sind eher nur billiges Opium fürs Wählervolk; ein Tagesschau-Redakteur sollte gerade deshalb nicht auf von dort bezogene Scheinargumente hereinfallen und sich mit dreisten Falschaussagen verladen lassen.

Dass Mützenich und Walter-Borjans sich durchsetzen und im Bundestag eine Mehrheit gegen ihre transatlantisch genormten, kriegswilligen Kollegen zusammenkriegen, ist eh unwahrscheinlich. Der bis zur Albernheit russophobe Vorsitzende des aussenpolitischen Ausschusses des Bundestags und CDU-Vorsitz-Kandidat Norbert Röttgen spie schon vorsorglich Gift und Galle:

"Eine solche Politik isoliert Deutschland, schwächt Europa, spaltet den Westen und ermuntert Russland … Es scheint, als kämen die ganzen alten Krankheiten der SPD zurück." (10)

Maikäfer pumpen auch erst mal, wenn sie abfliegen wollen. Allerdings findet Röttgen bei der Entwicklung russlandfeindlicher Zwangsvorstellungen in Heiko Maas noch seinen Meister. Wir haben in diesem Querschläger einen Aussenminister, der neben diplomatischen Rohrkrepierern und Peinlichkeiten höchstens noch wegen kompletter Unfähigkeit zur Selbstkritik auffällt.

Maas war nach Mützenichs Auftritt als Friedensbewegter gleich so massiv an einer Ergebenheitsadresse Richtung Washington interessiert, dass er sich zu einem Interview für den ARD-"Bericht aus Berlin" (11) einlud. Die Tagesschau berichtete gehorsamst. Erkennbar war die Absicht von Gast und Gastgeber, die mittlerweile öffentlich diskutierte US-Hörigkeit der Bundesregierung schönzureden und das Thema danach fallen zu lassen.

Gucken wir hier nochmal drauf. Mützenichs Aussage, von Walter-Borjans geteilt:

"'Atomwaffen auf deutschem Gebiet erhöhen unsere Sicherheit nicht, im Gegenteil … Trumps Regierung hat verkündet, dass Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen sind, mit denen man Kriege führen kann.' Das Eskalationsrisiko sei damit unüberschaubar geworden." (s.Anm.8)

Wer könnte das im Ernst bestreiten? Um Russland und China zum fortgesetzten Wettrüsten zu zwingen und sie nicht weiter wirtschaftlich erstarken zu lassen, erhöhte das Trump-Regime die US-Rüstungsausgaben massiv und verschlechterte damit zugleich die globale Sicherheitsarchitektur. Das lässt sich mit einem Blick auf die Militärhaushalte der beteiligten Länder und Deutschlands erkennen. 2019: USA 732 Milliarden Dollar, VR China 261 Milliarden Dollar, Russland 65 Milliarden und Deutschland 49 Milliarden Dollar. (12)

Gepflegte Feindschaft

Für die USA ist jeder Konkurrent auf dem Weltmarkt nicht einfach nur Handelspartner oder geschäftlicher Mitbewerber, sondern ein "Feind", den sie als "Schurkenstaat" bekämpfen und militärisch bedrohen, wenn es ums Öl und andere wichtige Ressourcen geht oder um Absatzmärkte für Nahrungsmittel und Spitzentechnologie: Russland, die VR China, Iran, Venezuela, Syrien – und Nordkorea, weil sie sich, wie einst Jugoslawien, Irak und Libyen, dem Diktat Washingtons nicht beugen.

Galten Atomwaffen früher als Abschreckungspotential zur Verhinderung einer erneuten Weltkriegskatastrophe, so meint die US-Administration heute, mit Atomwaffen geringerer Zerstörungskraft ("babynukes") weiterhin begrenzte Kriege führen zu können, ohne dass es zu einem globalen Inferno kommt. Als Konsequenz dieses irrwitzigen Politikverständnisses produzieren die USA seit zwei Jahren eine Vielzahl atomarer Sprengköpfe vom Typ W 76-2. Die haben "nur" die Hälfte der Zerstörungskraft einer Hi-

roshima-Bombe. (13) Das Pentagon rüstet damit die Raketen ihrer U-Boote und Flugzeugträger-Flotten aus und lässt sie Russland und China umzingeln. Sie unterstreichen die Bereitschaft zum vermeintlich auf die Gegnerländer begrenzbaren Atomkrieg, weit weg vom eigenen Territorium... (14)

Die ARD-aktuell verliert darüber kein Wort, obwohl es bei der Abwendung der Atomkriegsgefahr für Deutschland um Sein oder Nichtsein geht. Das liegt zwar klipp und klar auf der Hand, darf aber trotzdem nicht ins öffentliche Bewusstsein vordringen.

Zehn Jahre ist es her – was waren das für Zeiten? –, da forderte der Bundestag noch mit erstaunlicher Mehrheit, die USA sollten ihre in Deutschland gelagerten Atombomben abziehen.(15) Heute wissen wir, dass dieser vom damaligen Aussenminister und Vizekanzler Guido Westerwelle, FDP, herbeigeführte Beschluss von Kanzlerin Angela Merkel nur der Form halber mitgetragen wurde; tatsächlich hintertrieb sie seine Ausführung von Anfang an.(16) Erinnerlich ist vielen Zeitgenossen vielleicht noch, dass die Enthüllungsplattform Wikileaks wenige Monate später das intrigante Gespräch des Merkel-Beraters Christoph Heusgen mit dem US-Botschafter Philip D. Murphy über Merkels Kabale öffentlich machte. (17)

Die Staatsfunker lobhudeln

Die Tagesschau aber berichtete auch darüber nichts. Sie erging sich lieber in Jubelberichten über den "Friedensfreund" Barack Obama, obwohl dieser US-Präsident keine Sekunde bereit war, den Parlamentsbeschluss seines Berliner NATO-"Partners" ernst zu nehmen.

Die Deutschland zugewiesene Rolle als gefügiger Auftragsmassenmörder in US-Diensten firmiert unter dem Euphemismus "nukleare Teilhabe". (18) Einer, der diesen sprachlichen Betrugsversuch mit am häufigsten unternimmt: Heiko Maas, von Haus auis so intrigant wie schon als vormaliger Justizminister. (19) Seine Parteioberen versuchen zwar seit einem Jahr, Deutschland vom selbstauferlegten Status eines US-Landsknechts zu emanzipieren. Doch hält Maas es lieber mit Kanzlerin Merkel und dem Club der Transatlantiker in Kabinett und Parlament. Diese Kombo stellt sicher, dass sich der intellektuelle Anspruch deutscher Friedenspolitik nicht über das Niveau von Kellerasseln hinaus entwickelt. Deutsche und alle Mitteleuropäer sollen verdrängen, dass der zukünftige Atomkrieg dort ausgefochten wird, wo die Atomwaffen eingelagert sind.

Ganz in dieser unterwürfigen und selbstzerstörerischen <Geistlosigkeit> meldete denn auch Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer beim Antrittsbesuch in Washington schon mal das deutsche Interesse an dreissig Kampfjets des Typs F-18 an; diese Maschine des Flugzeugbauers McDonnell Douglas ist bereits als Träger für US-Atombomben lizensiert. In vollkommener Überschätzung ihrer recht bescheidenen politischen Fähigkeiten und Kompetenz liess "AKK" wissen, sie wolle "bruchlos sicherstellen", dass die "Fähigkeiten" des Tornado von einem anderen Fluggerät übernommen werden können. (20)

Das liess sich die Mützenich-SPD im Bundestag natürlich nicht gefallen und legte sich quer. (21) Was wiederum den SPD-Aussenminister Maas dazu bewegte, seiner Fraktion in den Rücken zu fallen und öffentlich vor einem "deutschen Sonderweg" zu warnen.(22)

Maas will eben in der warmen Hinterstube des US-Präsidenten wohnen bleiben, nicht anders als seine Vorgänger im Aussenministerium, die ehemaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier. Als die Vereinten Nationen in New York im März 2017 ihre Verhandlungen über den Vertrag zur Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungswaffen aufnahmen, liess Steinmeier das Vorhaben boykottieren. Die Atommächte und fast alle Nato-Staaten blieben den Verhandlungen fern. (23) Gabriel und später auch Maas setzten diese Destruktion fort, ein Hohn auf den deutschen Wählerwillen. (24)

Als die Linksfraktion per Kleine Anfrage im Bundestag die Regierungsparteien an deren Versprechen im Koalitionsvertrag und in späteren Regierungserklärungen erinnerte, "... Wir setzen uns entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein" (s. Anm.9) lautete die realitätsverleugnende Antwort:

"Die Bundesregierung bleibt dem Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen verpflichtet und setzt sich entschlossen für die weltweite verifizierbare Abrüstung von allen Massenvernichtungswaffen ein." (25)

Wirklichkeitsfremd - oder gewissenlos

Was nun? Neben der Produktion von nuklearen Sprengköpfen für die Marine "modernisieren" die USA auch ihre Air Force mit Atombomben der Bauart B61-12. Die gehen in diesem Jahr in Serienproduktion. Geplant sind etwa 400 Stück zu je 25 Millionen US-Dollar. Sie sollen das Drohpotential gegenüber Russland noch weiter steigern. Bedeutendster Bestimmungsort ist der Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Jede einzelne dieser Massenvernichtungswaffen hat die vierfache Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe. (26)

Maas und seine transatlantischen Gesinnungsfreunde tun trotzdem noch so, als bedeute "nukleare Teilhabe", dass die Bundesregierung alleinige Befehlsgewalt über die deutschen Tornados habe und notfalls verweigern könne, sie tatsächlich mit ihrer US-Atombombenlast starten zu lassen. Das gelte auch nach dem milliardenschweren Einkauf der 30 F-18-Maschinen. Mehr als Angeberei und Schutzbehauptung ist

das nicht. Der US-Präsident entscheidet über seine Atombomben, auch wenn sie unter deutschen Tragflächen baumeln. Die Bundeskanzlerin ist bis heute nicht mal davor gefeit, dass der US-Geheimdienst ihre Telefongespräche mithört und ihren Mailverkehr kontrolliert. Und nicht davor, dass der US-Botschafter in Berlin ihr und ihren Ministern zeigt, wo der Hammer hängt.

Eine echte Mitentscheidung über den Einsatz US-amerikanischer Atombomben findet allenfalls in den feuchten Träumen von Scharfmachern wie Röttgen und Wadephul statt. Und so klingt das Pfeifen der Transatlantiker im NATO-Kohlenkeller:

"...die letzte Entscheidung über den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von deutschem Boden aus liegt immer beim Bundeskanzler" (s. Anm.8).

Wer's glaubt.

Völkerrechtswidrige Sanktionen, Handelsboykott, Vertragsbruch, Mord, militärische Erpressung, Denunziation und Lügen: Das sind die Instrumente der imperialen US-Politik. Im Zweifel würden sie auch gegen Deutschland gerichtet. Schon viele Nationen wurden derart getäuscht und in den Ruin gestürzt. Unsere Politiker deklassieren sich selbst, wenn sie "Freundschaft" mit mörderischen Schuften wie Präsident Trump und US-Aussenminister Pompeo pflegen und eigentlich noch lieber Ex-Aussenministerin Hillary Clinton als US-Präsidentin gesehen hätten, die Auftraggeberin des Libyenkrieges und der Ermordung des Präsidenten Gaddafi. Nicht nur die Interview-Videos mit Pompeo ("Wir lügen, wir betrügen, wir stehlen") (27) und Clinton ("Wir kamen, wir sahen, er starb") (28) sind zeitlose Bilddokumente dafür, welch übles Gesindel an der Spitze der USA steht.

Die deutsche UN-Ratspräsidentschaft müsse weiter genutzt werden, um für Abrüstung zu kämpfen, fordert Aussenminister Maas rotzfrech im ARD-"Bericht aus Berlin" (s.Anm.11). Ein reichlich primitiver Versuch, seine Quertreiberei auf der Ebene der UNO und gegen den Atomwaffen-Abzug aus Deutschland zu kaschieren.

"Den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm wenden"? Von wegen. Wir sehen: Man muss nur gewissenlos genug sein, dann kann man Aussenminister werden, Vorsitzender der "Atlantikbrücke", Bundespräsident oder noch Schlimmeres.

Quellen und Anmerkungen:

- (1) https://www.br.de/nachrichten/meldung/umfrage-grosse-mehrheit-der-deutschen-will-keine-us-atomwaffenhierzulande,30022d650
- (2) https://www.dw.com/de/maas-steht-zu-us-atomwaffen-in-deutschland/a-53328941
- (3) https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffen in Deutschland
- (4) https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2017/07/a-conf-229-17-8.pdf
- (5) https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw42-de-atomwaffen-573264
- (6)https://www.ard.de/download/538848/Staatsvertrag_fuer_Rundfunk_und_Telemedien_in_der_Fassung_des_20__A enderungsstaatsvertrags_vom_8_bis_16__12__2016.pdf
- (7) https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-fordert-abzug-aller-us-atomwaffen-aus-deutschland-es-wird-zeit-dass-deutschland-die-stationierung-zukuenftig-ausschliesst/25794070.html
- (8) https://www.tagesschau.de/inland/nukleare-teilhabe-streit-101.html
- (9)https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018 -03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1
- (10) https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/roettgen-und-graf-lambsdorff-gegen-abzug-der-us-atomwaffen-40929.html
- (11) https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-4965.html
- (12) https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/
- (13) https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2441
- (14) https://www.bits.de/public/unv_a/original-250220.htm
- (15) http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf
- (16) https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/hintergrund/sind-in-b%C3%BCchel-wirklich-atombomben/
- (17) https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffen_in_Deutschland
- (18) https://www.heise.de/tp/features/Atomare-US-Alleingaenge-und-die-Debatte-um-die-Nukleare-Teilhabe-4715096.html?seite=all
- (19) https://www.zeit.de/2017/09/heiko-maas-justizminister-landesverrat-ermittlungen
- (20) https://www.welt.de/wirtschaft/article201387512/F-18-Bundeswehr-greift-wohl-zum-US-Kampfjet-statt-zum-Eurofighter.html
- (21) https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annegret-kramp-karrenbauer-streit-um-kampfjets-ministerin-fuer-selbstverteidigung-a-792e0af3-1761-497b-9bef-ff4f728892cb
- (22) https://www.tagesspiegel.de/politik/maas-reagiert-auf-muetzenichs-atomwaffen-forderung-unsere-aussen-und-sicherheitspolitik-darf-nie-ein-deutscher-sonderweg-sein/25794166.html
- (23) http://www.atomwaffena-z.info/initiativen/initiativen-heute/aktuelles-initiativen/artikel/04194e1352/deutschland-lehnt-teilnahme-an-un-verhandlungen-ab.html
- (24) https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_85621822/us-atomwaffen-in-deutschland-grosse-mehrheit-spricht-sich-fuer-abzug-aus.html
- (25) http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/017/1901779.pdf
- (26) https://www.bits.de/public/researchreport/rr12-1-1.htm

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 152, Oktober/2 2020

(27) https://www.youtube.com/watch?v=Ok9wwbPYc0U

(28) https://www.youtube.com/watch?v=mlz3-OzcExl.

Das Autoren-Team:

Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehrauftrag an der Fu-Jen-Universität in Taipeh.

Anmerkung der Autoren:

Unsere Beiträge stehen zur freien Verfügung, nichtkommerzielle Zwecke der Veröffentlichung vorausgesetzt. Wir schreiben nicht für Honorar, sondern gegen die "mediale Massenverblödung" (in memoriam Peter Scholl-Latour). Die Texte werden vom Verein "Ständige Publikumskonferenz öffentlich-rechtlicher Medien e.V." dokumentiert:

https://publikumskonferenz.de/blog

Quelle: https://fassadenkratzer.wordpress.com/2020/06/09/maas-fuer-nukleare-teilhabe-bei-der-selbstzerstoerung/

Auszug aus dem Infobrief vom 06.06.2020 des "Verein Deutsche Sprache" Umfrage: Deutsche lehnen Gendersprache ab

Die Mehrheit der Deutschen lehnt die Gendersprache ab. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Welt am Sonntag. 56 Prozent lehnen Binnen-I und Gendersternchen ab, selbst unter den Frauen überwiegt die Ablehnung (52 Prozent). Der Kieler Verfassungsrechtler und Rechtsphilosoph Robert Alexy kritisiert politische Aktivisten wie Anne Will: "Sie wollen ihre Mitbürger durch Sprache erziehen und die Wirklichkeit durch Sprache beherrschen." Auch Fernsehmoderator Markus Lanz sieht keinen Nutzen in vermeintlich geschlechtergerechter Sprache: "Die Lage einer verfolgten Minderheit in China wird keinen Deut besser, wenn man von Uigurinnen und Uiguren redet und sich dabei die Zunge verrenkt." Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der ZEIT, berichtet: "Von unseren durchaus kritikfreudigen Leserinnen und Lesern hat sich nach meiner Erinnerung in 16 Jahren noch niemand darüber beschwert, dass wir nicht gendern." Der Deutschlandfunk hingegen rechtfertigt das Gendern in seinem Programm und hat dafür eigens ein Interview zwischen seiner stellvertretenden Nachrichtenchefin und einer Kollegin aus der Medienredaktion ins Netz gestellt. (welt.de, journalistenwatch.com, deutschlandfunk.de, deutschlandfunk.de, idea.de) Quelle: https://infobrief.vds-ev.de/newsletter view.php?id=166

Kleptokratie

Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit» VERÖFFENTLICHT AM 10. JUNI 2020

Das Parlament mit grün-roter Mehrheit

Man müsse der Profit-Wirtschaft endlich das Szepter entreissen. Wirtschaft müsse «in den Dienst aller» gestellt werden, dürfe nicht länger bloss Wenigen, sich auserwählt Fühlenden die Taschen füllen. Nur auf diese Weise werde innert nützlicher Frist der bitter notwendige Impfstoff gegen das Corona-Virus verfügbar – kostenlos für die ganze Welt.

Es sind die täglich an die Medien rennenden und die von ihnen unablässig gehätschelten Aushängeschilder der rot-grünen Mehrheit zu Bundesbern – Regula Rytz, Cédric Wermuth, Tamara Funiciello und Balthasar Glättli –, die solch altkommunistische Idee derzeit allen Ernstes verbreiten. Die Basler Chemischen, profitversessen, hätten jetzt lange genug resultatlos gepröbelt und versagt. Jetzt werde Rot-Grün auch die Wirtschaft schaukeln. Roche und Novartis dürften zwar weiter existieren. Aber der Staat habe Sandoz zu übernehmen. Zum Preis von genau einem Franken: Fr. 1.–!

Wer jetzt den Kopf schüttelt, muss wissen: Hier wird kein Witz erzählt. Die Forderung «ein Stutz für Sandoz» haben die rot-grünen Alleskönner tatsächlich präsentiert. Und es gibt Medien, die das rot-grün eingefärbte DDR-Rezept voller Bewunderung verbreiten.

Wie kommt der Wert einer Firma zustande? Er ist das Ergebnis jahrzehntelang bewiesener Tüchtigkeit von Firmenleitung und Firmenbelegschaft, die Produkte und Dienstleistungen schaffen, die echten Bedürfnissen entsprechen und sich deshalb im Markt durchsetzen. Ausgewiesene Leistung – Tag für Tag auf allen Stufen erbracht – bestimmen Erfolg und Wert eines Konzerns. Links-Grün sagt dazu: «Ein Stutz für Sandoz!».

Ob all die, welche – oft seit Jahrzehnten – am Erfolg von Sandoz mitarbeiten, auch mitmachen, wenn ahnungslose Besserwisser als politische Grossmäuler die Macht über den Konzern an sich reissen? Oder planen die rot-grünen Politräuber die unauflösbare Fesselung der gesamten Belegschaft an ihre angestammte Funktion – sozusagen in lupenreiner DDR-Manier?

Erfahrene Beobachter des politischen Geschehens wundern sich derzeit darüber, dass das Parlament den vom Bundesrat mit Corona begründeten Ausnahmezustand so merkwürdig passiv hinnimmt, seine Rech-

te als gesetzgebende und kontrollierende Vorgesetzte der Regierung nahezu vergessend. Ist das Parlament seiner Zuständigkeit überdrüssig geworden – zumal seit Wochen von Pandemie keine Spur mehr erkennbar ist?

Eine Sondersession wurde zwar ertrotzt. Doch Grundsätze der Gewaltentrennung kamen dabei nicht zur Sprache. Die SVP – als Minderheit abgekanzelt – blieb mit der Forderung nach Aufhebung der vom Bundesrat sich selbst erteilten Vollmachten chancenlos. Rot-Grün – von der Mitte überzeugungslos geduldet – setzte, hemmungslos den Bundeshaushalt ausbeutend, lediglich massive Zusatzmilliarden durch – vor allem an die eigene Klientel. Was Generationen zusammengelegt haben, wurde innert weniger Tage rausgepfeffert.

Seit rund zwei Dutzend Vielschwätzerinnen und Vielschwätzer, die bis heute ihren persönlichen Lebensunterhalt während keiner Stunde durch eigene Leistung und Arbeit bewältigt haben, lautstark den Kurs
der Links-Grün-Mehrheit im Nationalrat weitestgehend bestimmen, hat sich unser Parlament deutlich
verändert: Berufslose etablieren sich als Berufspolitiker. Sie leben von dem, was sie aus Bundesbern herausholen können. Die Wählerinnen und Wähler scheinen übersehen zu haben, dass Gewählte, die das InBern-Sitzen als Beruf ausüben, sich ganz anders benehmen als Parlamentarier, die in einem Beruf, in
einem Unternehmen ihr Brot verdienen. Berufspolitiker leben nicht für den Staat. Sie leben vom Staat.
Kleptokratie löst Demokratie ab. Die, die an den Quellen sitzen, ziehen daraus, was immer sie können. Für
sich selbst und für ihre Klientel, auf dass ihnen auch die Wiederwahl gesichert bleibe.

Vielleicht dämmert jetzt einigen Wählerinnen und Wählern eine Grundregel, die in den Jahren scheinbar unbegrenzten Wohlstands etwas in Vergessenheit geraten ist: Wähle nie jemanden ins Parlament, der dort mehr Entschädigung beziehen kann, als er durch ehrliche Berufsarbeit je zu verdienen imstande wäre.

Vergisst man diese Regel, liefert man den Staat mitsamt Staatskasse skrupelloser Ausplünderung aus. Quelle: https://schweizerzeit.ch/kleptokratie/

Wie wird versucht, die Lage in Russland zu destabilisieren? Sicherheitsrats-Chef Patruschew berichtet© Sputnik / Sergej Guneew

09:13 10.06.2020(aktualisiert 09:21 10.06.2020)



Sicherheitsratschef Nikolai Patruschew

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew hat gegenüber der Zeitung "Argumenty i Fakty" erklärt, auf welche Weise der Westen versucht, die Lage in Russland zu beeinflussen.

"Es gibt ständig Tätigkeiten, die auf die Destabilisierung der gesellschaftlich-politischen Situation in unserem Land abzielen. Dafür wird auf dem russischen Territorium ein weitverzweigtes Netz ausländischer, nicht kommerzieller Nichtregierungsorganisationen sowie von ihnen abhängender einheimischer gesellschaftlicher Strukturen zur Umsetzung sogenannter demokratischer Programme und Projekte geschaffen, die den Interessen der westlichen Staaten entsprechen", so Patruschew.

Aufgabe: Zur Spaltung beitragen

Patruschew betonte, dass der Sicherheitsrat Russlands über Angaben verfüge, wonach der Westen seine Versuche zur Destabilisierung der Lage innerhalb Russlands im Vorfeld der bevorstehenden Abstimmung über die Verfassungsänderung und der Kommunal- und Regionalwahlen im Herbst intensivieren sollte.

Dafür würden unter anderem in den russischen Regionen nicht kommerzielle Nichtregierungsorganisationen eingesetzt, die planten, nationalistische und separatistische Stimmungen zu provozieren.

Akzentuiert werde auch die Intensivierung der Aktivitäten sogenannter alternativer Gewerkschaftsorganisationen.

Der Westen plane unter anderem die Verstärkung des Informationsdrucks auf Russland, um die russischen <geistig-sittlichen> und kulturell-historischen Werte zu untergraben, die "das Fundament der Staatlichkeit bilden", um das Gefühl der gesamtrussischen Identität von Bürgern unseres Landes zu schmälern.

"Die Hauptaufgaben sind es, zur Spaltung der russischen Gesellschaft beizutragen und die für sie günstigen Werte und Entwicklungsmodelle aufzuzwingen sowie die Möglichkeit zu bekommen, das gesellschaftliche Bewusstsein zu manipulieren", so Patruschew.

Koordinatoren destruktiver Tätigkeit

Ferner offenbarte er, wer diese destruktive Tätigkeit in Russland koordiniert. Wörtlich hiess es:

"Die Koordinatoren der destruktiven Tätigkeit auf dem russischen Territorium sind das US-Aussenministerium, die US-Agentur für internationale Entwicklung, der US-Rat für auswärtige Beziehungen, sowie führende amerikanische Nichtregierungsorganisationen wie das Nationale Demokratische Institut für internationale Angelegenheiten, das Internationale Republikanische Institut, die Nationale Stiftung für Demokratie, das Institute of Modern Russia, das Open-Society Institut (Soros-Stiftung) und viele andere."

Darüber hinaus nutzen demnach Amerikaner und ihre Nato-Partner für ihre Tätigkeit in Russland eine Reihe von Nichtregierungs- und internationalen Organisationen aus den USA oder den Ländern Westeuropas.

Eine wichtige Rolle spielen dabei Patruschew zufolge auch die baltischen Länder. "Eine hohe Aktivität" zeige unter anderem Litauen, auf dessen Territorium regelmässig das sogenannte "Forum des freien Russlands" stattfindet, wo neue Formen des bürgerlichen Protests und Szenarien für die Verstärkung des Aussendrucks auf die russische Führung behandelt werden.

In Lettland wurde demnach die Ausbildung "unabhängiger" russischer Journalisten mit Spezialisten vom Baltic Center for Media Excellence organisiert.

Vier Milliarden von Sponsoren

Die nichtkommerziellen Organisationen, die sich mit der politischen Tätigkeit befassen, erhielten Patruschew zufolge offiziell von 2015 bis 2019 von westlichen Sponsoren etwa vier Milliarden Rubel (circa 51,7 Millionen Euro).

"In Wirklichkeit sind aber diese Summen viel grösser, weil die westlichen Sponsoren auf unterschiedliche geheime Finanzierungsschemata zurückgreifen (…)"

Er betonte, dass man die antirussische Tätigkeit von einer Reihe ausländischer Nichtregierungsorganisationen eingedämmt habe, indem die Kontrolle über finanzielle und jegliche Hilfe aus dem Ausland an die russische Opposition und prowestliche Nichtregierungsorganisationen verstärkt worden sei. ak/ae

 $Quelle: \ https://de.sputniknews.com/politik/20200610327345863-lage-russland-destabilisieren-sicherheitsrats-chefpatruschew/$

Sex im Schulzimmer

Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld VERÖFFENTLICHT AM 29, MAI 2020

Im deutschsprachigen Raum ist die Sexualkunde unbemerkt von marxistischen Extremisten gekapert worden. Unsere Kinder sollen umerzogen werden.

Als Kantonsrat erhalte ich regelmässig das «Schulblatt», das vom Kanton Thurgau herausgegeben wird. Als ehemaliger Lehrer interessiert mich das. Das Thurgauer Schulblatt thematisiert in der Oktober-Ausgabe «Sexualität im Schulzimmer» und lässt den Kieler Sexualpädagogen Prof. Uwe Sielert zu Wort kommen.

«Kindersexualität»

In seinem Artikel spricht der Professor von «Kindersexualität», welche «sexualerzieherisch zu begleiten» sei, denn Kinder hätten «ein Recht auf Sexualerziehung und eine ungestörte Entwicklung ihrer je spezifischen sexuellen Identität». Dazu ein Hinweis für die geneigte Lehrerschaft auf sein Buch, «Einführung in

die Sexualpädagogik», das für Fr. 28.– zu erhalten sei. Hier vorab eine Klarstellung: Dass die Schule ein Fach Sexualkunde anbietet, kann man gutheissen oder nicht. Solange die Kinder altersgerecht aufgeklärt und nicht indoktriniert werden, ist sie meines Erachtens in Ordnung.

Die «Sexualpädagogik», wie sie aber von Sielert und seinen Nachfolgern in den Schulen propagiert wird, ist etwas ganz anderes. Hier geht es nicht um Aufklärung, sondern um sexuelle Umerziehung. Die Kinder sollen dazu animiert werden, mit sich, anderen und gleichgeschlechtlichen Partnern sexuelle Erfahrungen zu machen. Sielert ist deshalb sehr umstritten. Seine Theorien gehen insbesondere auf triebmythologische und neomarxistische Theorien nach Wilhelm Reich zurück. Die sexuelle Erregung von Kindern solle in den Sexualkundeunterricht einbezogen werden.

Heterosexualität «entnaturalisieren»

Sielert propagiert ein Aufbrechen gesellschaftlich heterosexuell normierender Dominanzkultur, weshalb er fordert, dass «Heterosexualität, Kernfamilie und Generativität zu «entnaturalisieren» seien. Vehikel dafür sind seine Aufklärungsbücher. Zum Beispiel 1996 «Lisa und Jan», ein Buch für Vier- bis Achtjährige. Nicht nur die darin verwendete enthemmte Sprache, zum Beispiel «Ficken», «Bumsen» und «Vögeln» wirkt verstörend. Die Kinder werden auch zu sexuellen Handlungen animiert: Jan lässt sich von Lisa manuell befriedigen, der es gefällt, «sich ihren Finger in den Po zu stecken». Und Lisas Freundin zeigt sich dem Betrachter mit weit gespreizten Beinen.

Mit seinen Anregungen bereicherte Sielert auch das Schulbuch «Sexualpädagogik der Vielfalt», das heute noch vertrieben wird und der Schweizerzeit vorliegt: 14-jährige Schüler sollen Bordelle planen und Handschellen, Lack/Latex-Klamotten oder Vaginalkugeln fiktiv ersteigern. Nämlich für ein schwules Paar, ein lesbisches Paar mit Kindern sowie ein kinderloses heterosexuelles Paar. Beim «Sex-Mosaik» kann zwischen Teddybär und «Taschenmuschi» gewählt werden, auch Latexhandschuh und Lederpeitsche stehen zur Verfügung. 13-Jährige können «Das erste Mal Analverkehr» als «Theaterstück, Sketch, Pantomime oder ähnliches» darstellen.

Ziehsohn eines unappetitlichen <geistigen> Vaters

Uwe Sielert, der Autor der Standardeinführung zur «Sexualpädagogik der Vielfalt» empfiehlt Eltern, die Geschlechtsteile ihrer Kinder ausgiebig zu streicheln, damit diese wissen, «was Lust ist». Sielert ist geprägt von «Sexualpädagogik-Guru» Helmut Kentler, seinem «väterlichen Freund». Jener Kentler aber war Mitglied eines bekennenden Päderasten-Netzwerks. Der bekennende homosexuelle Psychologie-Professor Kentler hatte die unglaubliche Idee, verwahrloste Jugendliche zu vorbestraften Pädophilen in Pflege zu geben.

Sex zwischen Erwachsenen und Kindern habe für die Kinder keine schädlichen Folgen, meinte er, und so mussten die Knaben den vorbestraften Pädophilen als Entgelt für die Pflege zu sexuellen Diensten stehen. Und als Gerichtsgutachter sorgte Sielerts Ziehvater in zahlreichen Fällen dafür, dass Verfahren gegen Kindesmissbraucher eingestellt bzw. die Täter freigesprochen wurden.

Netzwerk pädophilie-freundlicher Wissenschaftler

Kentler war, so schreibt der Spiegel, eine Schlüsselfigur im Netzwerk pädophilie-freundlicher Wissenschaftler und Aktivisten der Siebziger- und Achtzigerjahre. Unter dem Etikett «sexuelle Vielfalt» und «Missbrauchsprävention» wird dessen Pädagogik bis heute im deutschsprachigen Raum verbreitet. Der Sexualpädagoge Prof. Uwe Sielert ist massgeblich daran beteiligt, wie ein Blick in unser Schulblatt zeigt. Doch in unserer Schule wollen wir nicht, dass Kinder unter Anleitung der Lehrerin sexuelle Handlungen vornehmen und mit dem Lehrer «Das erste Mal Analverkehr» spielen.

Quelle: https://schweizerzeit.ch/sex-im-schulzimmer/

Frühe Einschläge könnten Bausteine des Lebens auf Erde und Mars erzeugt haben

Andreas Müller 10/06/2020 Sendai (Japan)

In Laborexperimenten konnten Wissenschaftler zeigen, dass Asteroiden- bzw. Meteoriteneinschläge eine wichtige Rolle bei der Entstehung von Aminosäuren, den Bausteinen des uns bekannten Lebens, gespielt haben könnten. Und das nicht nur auf der jungen Erde, sondern vielleicht auch auf dem frühen Mars. Wie das Team um Yoshihiro Furukawa von der japanischen Tohoku University und Kollegen der Osaka University aktuell im Fachjournal "Scientific Reports" (DOI: 10.1038/s41598-020-66112-8) erläutert, gibt es zwei Erklärungen für die Ursprünge der Lebensmoleküle des Lebens: ausserirdische Eingabe – beispielsweise über Meteoriten – und endogene Bildung der Bausteine des Lebens auf der Erde selbst. Das Vorhandensein von Aminosäuren und anderen Biomolekülen in Meteoriten weise allerdings auf Ersteres hin.



Künstlerische Darstellung von Einschlägen auf der jungen Erde (Illu.). Copyright: Yuri_B (via Pixabay.com) / Pixabay License

Copyright: Yuri_B (via Pixabay.com) / Pixabay License

In ihren Experimenten nutzten die Wissenschaftler eine Hochdruck-Kanone, um jene Reaktionen zu simulieren, die beim Einschlag eines Meteoriten in den Ozean einsetzten. Hinzu untersuchten sie die Reaktionen zwischen Kohlendioxid, Stickstoff, Wasser und Eisen. Das Ergebnis der Simulationen war die Bildung von Aminosäuren wie Glycin und Alanin – zweier Aminosäuren, die direkte Bestandteile von Proteinen sind, die viele biologische Reaktionen katalysieren.

Das Team verwendete Kohlendioxid und Stickstoff als Kohlenstoff- und Stickstoffquelle, da diese Gase als die beiden Hauptkomponenten in der Atmosphäre Erde im sogenannten Hadaikum gelten, der Erde also vor mehr als 4 Milliarden Jahren.

"Es ist nicht schwierig, organische Moleküle aus reduzierten Verbindungen wie Methan und Ammoniak zu erzeugen, aber sie gelten als Nebenbestandteile in der damaligen Atmosphäre", erläutert Furukawa. "Der Nachweis der Aminosäurebildung aus Kohlendioxid und molekularem Stickstoff zeigt, wie wichtig es ist, die Lebensbausteine aus diesen allgegenwärtigen Verbindungen zu erzeugen."

Neben der jungen Erde, eröffnet auch die Hypothese darüber, dass einst ein Wasserozean auch grosse Teile des Mars bedeckte, zudem eine weitere spannende Möglichkeit: "Kohlendioxid und Stickstoff waren wahrscheinlich die Hauptbestandteile der Marsatmosphäre während der sog. Noachischen Periode, als der Marsozean existierte. Daher bietet die stossinduzierte Aminosäurebildung auch eine mögliche Quelle für die Inhaltsstoffe des Lebens auf dem frühen Mars."

Quelle: https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/fruehe-einschlaege-koennten-bausteine-des-lebens-auf-erde-undmars-erzeugt-haben 20200610/

"Warum gehen nicht alle?" Ex-Verteidigungsstaatssekretär Wimmer zu Teilabzugsplan von US-Truppen

© Foto: U.S. Air Force /Senior Airman Gustavo Castillo, 21:00 10.06.2020 (aktualisiert 18:38 11.06.2020) Von Ilona Pfeffer

Die Überlegungen von US-Präsident Donald Trump, einen Teil der in Deutschland stationierten US-Truppen abzuziehen, werden derzeit viel diskutiert. Der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Willy Wimmer, sieht das im Gespräch mit Sputnik Deutsch viel gelassener und wundert sich, warum nicht alle abgezogen werden.

- Herr Wimmer, US-Präsident Donald Trump könnte in absehbarer Zeit 9500 Soldaten aus Deutschland abziehen, das entspricht etwa einem Drittel des hier stationierten Kontingents. Ein Teil der US-Soldaten könnte nach Polen verlegt werden. Obwohl noch keine offizielle Bestätigung vorliegt, wird der mögliche Abzug gerade in Deutschland heiss diskutiert und spaltet die Gemüter. Bevor wir darauf näher eingehen, würde ich gern von Ihnen erfahren, was Sie davon halten würden, wenn Trump tatsächlich einen Teil seiner Truppen aus Deutschland herausholt ...

Das kann man ja nur begrüssen, denn die ganzen Anmerkungen, die zu diesen Überlegungen des amerikanischen Präsidenten derzeit in Berlin geäussert werden, machen ja deutlich, dass die hier anwesenden amerikanischen Truppen mit deutschen oder europäischen Sicherheitsinteressen eigentlich gar nichts mehr zu tun haben. Stattdessen sind sie Drehscheibe für amerikanische Militäreinsätze in anderen Teilen der Welt. Das hat mit der Nato schlichtweg nichts zu tun. Deswegen ist es für mich nicht nur die Frage, ob die 9500 Leute gehen oder nicht, sondern die Frage ist: Warum gehen nicht alle? Diese Frage stellen sich viele Deutsche seit vielen Jahren. Das hat etwas damit zu tun, dass die Zusagen, die Präsident Bush Präsident Gorbatschow im Frühjahr 1990 gegeben hat, und auf die jüngst Oberstleutnant der Luftwaffe Jochen Scholz aufmerksam gemacht hat, weil er die Dokumente einsehen konnte, nicht eingehalten wurden. Man wollte die Nato nicht auflösen, aber sie politischer machen und weniger von der militärischen Integration bestimmt. Das, was an diesem Wochenende über den amerikanischen Abzug verlautbart wurde, hat heute aus meiner Sicht eine sensationelle Ergänzung durch den Nato-Generalsekretär gefunden. Der hat nämlich als Ergebnis einer Kommission, die man nach Macron-Äusserungen eingerichtet hat, gesagt, die Nato solle politischer werden. Das kann ja nur bedeuten, dass die militärische Integration an Sinn und Wert aus der Sicht des Nato-Generalsekretärs und damit aus der des amerikanischen Präsidenten verloren hat. Das bedeutet für Berlin: Man hat nicht nur mit denen nicht gesprochen, sondern man hat sie bewusst auf dem falschen Fuss stehen lassen. Das wird noch interessant.

- Der frühere Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, General Ben Hodges, hat gegenüber dem "Tagesspiegel" grosse Bedenken geäussert. Er sieht keine echte Strategie hinter diesem Plan, die Zahl 9500 hält er für eine politische Zahl, ganz willkürlich gewählt, die Umsetzbarkeit sei auch nicht geprüft worden, und am Ende sei es gut möglich, dass Trump den Plan auch wieder fallen lässt. Würden Sie sich dieser Einschätzung anschliessen?

Das ist das übliche Gequengel von Generälen, denen man das Spielzeug aus der Hand genommen hat. General Hodges hätte sich mal fragen sollen, ob es eigentlich im Nato-Vertrag drinsteht und ob Deutschland jemals einer solchen Formulierung zugestimmt hat, dass man ausgehend von Ramstein weltweit Leute umbringt oder völkerrechtswidrige Kriege von Jugoslawien bis nach Syrien führt. Da habe ich von diesen Generälen nichts gehört, und da schliesse ich gerne auch ehemalige Bundeswehr-Generäle ein, die rummosern, weil der amerikanische Präsident von seinen Möglichkeiten und seiner Politik Gebrauch macht, die er dem amerikanischen Volk zur Wahl 2016 vorgelegt hatte. Die Amerikaner sind es schlichtweg leid, ihre Söhne und Töchter in Zinksärgen nach Hause zurückgeschickt zu bekommen. Sie wollen genauso wie wir, dass ihre Kinder leben. Es kann ja sehr gut sein, dass mit Herrn Hodges und seinen Repräsentanten im Pentagon niemand gesprochen hat. Ich würde aber nicht ausschliessen, dass Präsident Trump sehr wohl mit anderen darüber gesprochen hat. Ich halte die ganze Entwicklung für sinnvoll. Ich habe 2007–2008 stunden-, um nicht zu sagen tagelange Gespräche mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Büro in Hamburg geführt. Es war ein Einvernehmen da, dass die Nato in ihrer militärischen Integrationskomponente ihre Zeit eigentlich hinter sich hat, weil sie eine Friedensgefahr geworden ist und man die Nato besser, wie es im Nato-Vertrag zugrunde gelegt ist, zu einem Konsultationsgremium zwischen beiden Seiten des Atlantik macht. Wir sollten vor allen Dingen darauf achten, dass die Nato nicht zu einer weltweiten Aggressionsmaschine wird, ein Weg, den sie ja in den letzten Jahren eingeschlagen hat.

- Noch deutlicher äusserte sich der frühere Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, Klaus Naumann. Ein Abzug wäre aus seiner Sicht nicht nur ein Verstoss gegen die Bündnisverpflichtungen, sondern eine Schwächung der gesamten Nato. Zudem würde eine Verlegung der Truppen nach Polen Russlands Präsident Wladimir Putin einen Vorwand geben, atomar noch weiter aufzurüsten. Die Chancen auf Abrüstung und Rüstungskontrolle würden sich damit vermindern. In Naumanns Darstellung klingt es so, dass nicht etwa die USA einseitig aus den entsprechenden Abkommen ausgestiegen wären und das grösste Militärbudget der Welt hätten, sondern Russland auf Aggression und den Einsatz nuklearer Waffen aus wäre. Was fangen Sie mit dieser Deutung an?

Eigentlich gar nichts. Wenn man sich mit den Vorschlägen des amerikanischen Präsidenten auseinandersetzt, sollte man zunächst in den Nato-Vertrag blicken und sich fragen, wofür die Nato eigentlich da ist. Als wir der Nato beigetreten sind, hat das deutsche Parlament ausdrücklich festgestellt, dass man einem Verteidigungsbündnis beitritt. Die qualitative Änderung, die die Nato erfahren hat, um den Krieg gegen Jugoslawien zu ermöglichen – dem hat der Deutsche Bundestag nie zugestimmt. Deswegen kann ich nur sagen: Wenn der amerikanische Präsident heute hingeht und die Nato wieder vertragskonformer gestaltet, dann sollte das auch ein ehemaliger deutscher General mit Freude zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Hintergrund habe ich für den amerikanischen Präsidenten jede Menge Verständnis. Was die Spinnereien in Berlin anbetrifft, was man mit diesen jetzt zurückzuziehenden Truppen alles machen könne – man hat sie offensichtlich schon vor diesem Vorschlag nicht gefragt, warum sollte man dann jetzt die Spinnereien aufgreifen? Auch im Zusammenhang mit Polen. Es gibt Vereinbarungen zwischen der Nato und der Russischen Föderation über das, was in Polen seitens der Nato geschehen kann. Das bedeutet ausdrücklich: Keine ständige Stationierung von irgendwelchen Truppen. Man mag ja vor dem Hintergrund der etwas

komplizierten Situation in Warschau damit spielen, dass man, wenn bei uns Atomwaffen verschwinden, sie gerne für Polen haben möchte. Aber das wirft natürlich dann die Frage auf, ob Polen ernsthaft an einem neuen Eisernen Vorhang quer durch Europa interessiert ist. Bevor man irgendwelche Vorwürfe an Russland adressiert, sollte man sich in Berlin, in Brüssel und anderswo fragen, wie man eigentlich die Sowjetunion und die Russische Föderation über Jahrzehnte hinweg immer darüber belogen hat, dass das, was man vereinbart hatte, seitens der Nato nicht gehalten worden ist.

- Von Naumann, aber auch von Linken-Politiker Gregor Gysi kam die Warnung, Polen würde sich mit der Stationierung der US-Truppen auch zur Zielscheibe für Russland machen ...

Damit kann ich gar nichts anfangen. Wenn Moskau Warschau etwas sagen will, dann wird Moskau das direkt tun. Dafür braucht es keinen Lautsprecher in Berlin. Das halte ich für absolut daneben. Auch im Sinne der offenen Ansprache von Sicherheitsproblemen nicht angemessen. Wenn uns etwas nicht passt, was polnische Politik ist, dann muss man das den Freunden in Warschau selber sagen. Wenn denen was bei uns nicht passt, dann sagen sie es uns ja auch. Wir sehen ja die intransigente Haltung, die Polen offensichtlich genetisch bedingt schon seit Jahrzehnten gegen Erdgas- und Erdölleitungen zwischen Russland und Deutschland einnimmt. Das sind ja auch Dinge, die man bei gutnachbarschaftlichen Beziehungen nun wirklich nicht als positiv abhaken kann.

- Welche Entwicklungen erwarten Sie in der nächsten Zeit und was wäre aus Ihrer Sicht eine kluge Positionierung für die Bundesregierung?

Man sieht auf Schritt und Tritt, dass die deutsche Bundesregierung in Washington mit der gegen den amerikanischen Präsidenten gerichteten Kriegskoalition kooperiert. Das sind dieselben Kräfte, die uns in den zurückliegenden Jahrzehnten von einem Krieg in den nächsten getrieben haben. Das sind die Obamas, Soros, Clintons und wie sie alle heissen, die daraus ja auch keinen Hehl gemacht haben. Trump war gerade erst gewählt, als sich nach internationalen Presseberichten eine Gruppe von Globalmilliardären in Washington getroffen hat, um sich zu überlegen, ihn möglichst schnell aus dem Amt zu putschen. Das sind die Gesprächspartner unserer Bundesregierung. Da muss man sich natürlich nicht wundern, wenn der amerikanische Präsident sich fragt, ob es noch etwas mit einer normalen Situation, mit normalen diplomatischen Beziehungen mit Berlin zu tun hat, und was mit Berlin los ist, wo sich die Bundeskanzlerin offensichtlich als Führerin einer Front gegen Präsident Trump empfindet. Wir werden durchaus sehen können, dass das noch spannender wird. Man braucht nur die Zeitungen aufzuschlagen, um zu sehen, wie Berlin auf Krawall gebürstet ist, was Trumps Washington angeht. Wenn man in Berlin nicht einmal ein demokratisches Wahlergebnis akzeptieren und respektieren kann, dann ist man auch für die Folgen verantwortlich.

– Wenn man bedenkt, dass Donald Trump seit Jimmy Carter der erste US-Präsident ist, der noch keinen Krieg angefangen hat, dann wird das ihrer Schilderung zufolge hierzulande nicht wirklich honoriert ... Ich habe auf diese Komponente bei Präsident Trump aufmerksam gemacht, als eine gewisse Karenzzeit vergangen war und er in der Tat dem entsprach, was er dem amerikanischen Volk bei der Wahl vorgelegt hatte. Das amerikanische Volk, das sich ja derzeit damit beschäftigen muss, ob sein Land kollabiert, hat an weiteren Kriegen kein Interesse. Das war der Grund, warum Trump die Wahl gewonnen hat. Es ist aberwitzig, unverantwortlich und gegen deutsche und europäische Interessen gerichtet, dass unter der Führung der Bundeskanzlerin und dieses unsäglichen Aussenministers eine Politik betrieben wird, wo man in Amerika auf die Zusammenarbeit mit dem auf Krieg gebürsteten Teil des amerikanischen Regierungsapparates setzt. Wenn man jetzt in wenigen Tagen in Moskau an das Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert, dann sollte man in Berlin in sich gehen und sich mal fragen, woran das deutsche Volk im Zusammenhang mit der Lage in Europa eigentlich ein Interesse hat. Das ist Frieden und nicht die auf Krieg gebürstete Politik von Frau Merkel und Herrn Maas!

 $Quelle:\ https://de.sputniknews.com/interviews/20200610327352446-wimmer-us-truppenabzug/$

Deutschlands EU-Jahresbeitrag soll um 42 Prozent steigen

Epoch Times 15. Juni 2020 Aktualisiert: 15. Juni 2020 10:40

Diese Woche verhandeln Merkel, Macron und Kollegen über das zukünftige EU-Budget. Brüssel fordert pro Jahr 13 Milliarden Euro mehr von Deutschland.

Deutschlands jährlicher Beitrag zum EU-Haushalt soll nach den Plänen der Europäischen Kommission in den kommenden Jahren um 42 Prozent steigen.

Das hat die Bundesregierung auf der Grundlage des aktuellen Vorschlags der Kommission für den kommenden Langfristhaushalt der EU berechnet, berichtet die "Welt" (Montagsausgabe). Der sogenannte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) deckt sieben Jahre von 2021 bis 2027 ab.

Bleibt es auch nach den Verhandlungen der Mitgliedstaaten bei der Grössenordnung des Kommissionsvorschlags, würde Deutschland nach Schätzungen aus dem Bundesfinanzministerium ab 2021 jedes Jahr im Schnitt 13 Milliarden Euro mehr als bisher in den EU-Haushalt einzahlen.

Zuletzt hatte die Bundesregierung jedes Jahr durchschnittlich 31 Milliarden Euro nach Brüssel überwiesen. Bei einem Plus von 13 Milliarden Euro wären es künftig 44 Milliarden Euro – also ein Anstieg von rund 42 Prozent.

Zahlen stammen aus einer Antwort auf eine FDP-Anfrage

Die Zahlen stammen nach Angaben der "Welt" aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Gerald Ullrich, dem FDP-Obmann im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Bundestag.

Bei den Zahlen der Bundesregierung handelt es sich um Richtwerte, für die Berechnung des exakten Beitrags fehlen noch Details des Kommissionsvorschlags. Wie hoch der deutsche Netto-Beitrag künftig sein könnte, kann die Bundesregierung noch nicht sagen; dazu fehlten im Vorschlag der Kommission entscheidende Informationen, heisst es im Antwortschreiben.

Angesichts der höheren Beiträge fordert Ullrich eine Modernisierung des EU-Haushalts. "13 Milliarden mehr pro Jahr heisst, wir müssen die richtigen Ausgaben priorisieren", sagte er der Zeitung.

"Mehr für Digitalisierung, Forschung, Erasmus-Austausch, Aussengrenzschutz und Klimaschutz. Ausserdem sollten Wehrtechnik und Medizinreserven gemeinsam beschafft werden, um Kosten zu sparen."

Laut des aktuellen Vorschlags aus Brüssel sollen die Mitgliedsländer in den kommenden sieben Jahren rund 1,075 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung als Beitrag zahlen. Grundlage ist wie in den vorangegangenen Vorschlägen die Wirtschaftsleistung von 2018. Insgesamt soll der Siebenjahreshaushalt für die Jahre von 2021 bis 2027 ein Volumen von rund 1100 Milliarden Euro haben.

Am Freitag beraten die Staats- und Regierungschef der EU in einer Videokonferenz erstmals über den aktuellen MFR-Vorschlag und parallel über den Kommissionsvorschlag für ein 750 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm, welches mit dem EU-Haushalt verzahnt werden soll. (dts)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/deutschlands-eu-jahresbeitrag-soll-um-42-prozent-steigen-a3266110.html

Russland steht für FRIEDEN



Ptaah "Russland ist von alters her kein bedrohendes Land gegen den Westen, und so hat auch heute dieser Staat und auch dessen Präsident, Wladimir Putin, nicht irgendwelche aggressive Pläne gegen Europa oder die USA. Putin ist gegen niemanden bestrebt, einen Krieg auszulösen, doch absolut willig, bei einem Angriff verteidigungsmässig kriegerische Handlungen zu führen. Russland war und ist an und für sich seit jeher bereit, alle Streitfragen ausschliesslich auf politischem Wege zu regeln. Russland war immer und ist ein weltoffenes Land, das sich für die Festigung von Zusammenarbeit und Partnerschaft mit

allen einsetzte und auch weiterhin einsetzt, zumindest für jene, welche dazu bereit waren resp. es auch heute sind. Auch heute führt Russland keine aggressive Pläne und kann auch keine haben, folgedem ist dieser Staat – allen voran auch Wladimir Putin – nicht daran interessiert, den Westen, weder Europa noch die USA, zu bedrohen, folglich Russland auch niemanden bedroht, sondern bestrebt ist, alle Streitfragen ausschliesslich mit politischen Mitteln zu lösen. Russland und Putin respektieren das Völkerrecht und wahren die Interessen anderer Länder. Russland ist nicht aggressiv, und wenn durch die USA das Gegenteil behauptet wird, dann entspricht das ebenso einer bösartigen Verleumdung, wie wenn die gleiche lügnerische Behauptung durch die EU-Diktatur aufgestellt wird. Solche Lügen und Verleumdungen könnten nicht einmal als schlechter Witz, sondern nur als bösartige und hinterhältige Verleumdung erachtet werden. Und wenn beim Ganzen die Annexion der Krim betrachtet wird, dann müssen die militärische Unterstützung für die Separatisten in der Ukraine durch Russland, wie auch die Einsätze in Afghanistan, Georgien und Transnistrien als Einsätze besonderer Art betrachtet werden, weil von betreffenden Bevölkerungsgruppierungen und Behörden usw. um russische Hilfe nachgesucht wurde, was im Westen vehement geleugnet und verschwiegen wird, um Russland zu diskriminieren, was ja leider bisher gelungen ist und wohl auch weiterhin so bleiben wird. Natürlich ist auch in Russland, wie in sehr vielen Ländern, innenpolitisch vieles sehr fraglich, wie aber auch aussenpolitisch, was auch der Luftwaffeneinsatz in Syrien beweist, doch das hat nichts mit Aggression zu tun, sondern mit falscher Freundschaft und falschem Schutzbegehren seitens des volksverbrecherischen Diktators Baschar al-Assad in bezug auf sein Regime, das infolge der falschen Freundschaft und Abhängigkeit Russland ausnutzt. Und was bezüglich dessen vor sich geht, dass die USA an den europäischen Ostgrenzen ihre Militäreinheiten vermehrt aufbauen wollen, weil angeblich Aggressionen von Russland zu erwarten seien, so entspricht das nicht der Wahrheit des wirklichen Grundes. Tatsache ist nämlich einerseits die Angst der USA vor Russland, und zwar infolge der US-amerikanischen Kriegshetzerei gegen Russland; Angst, dass dieses eben aus seiner passiven Haltung erwachen und militärisch zurückschlagen könnte. Anderseits ist ein weiterer Grund in der Weltherrschaftssucht der USA zu finden, und zwar, weil sie hinterhältig und irreführend eine Intrige führen, die eine (friedliche) Annektion der Europa-Union-Diktatur zur Folge haben soll. Und wenn das gelingt, dann können sich die USA in ganz Europa einnisten, wobei mit Sicherheit durchwegs die teils sehr menschenfeindlichen US-amerikanischen Gesetzgebungen durchgesetzt werden. Ausserdem ist zu sagen, dass die USA die weltweit grössten Aggressoren sind, wie auch die grösste Terrororganisation weltweit, die in der ganzen Welt für vielfältigste Verbrechen an der irdischen Menschheit verantwortlich sind, wogegen nicht einmal die zwölf brutalsten Terrororganisationen wie Al-Qaida, dslamistischer Staats, Mafia, Boko Haram usw. in gleicher Weise genannt werden können. Auch sind die USA mit ihrer Aggression und ihrem Terror rund um die Welt schlimmer als die zehn brutalsten und grössten Verbrecherorganisationen, die unter dem Begriff (Gang) Gewalt, Macht und organisierte Kriminalität sowie Kapitalverbrechen wie Mord, Drogenhandel, Prostitution, Menschenraub, Sklaverei, Erpressung und Menschenhandel usw. ausüben. Die meisten Gangs wurden in Mittel- und Nordamerika gegründet, um mit Mord und Totschlag usw. ethnische Interessen zu (verteidigen) und Kapitalverbrechen sowie kriminelle Handlungen und Taten zu begehen. Inzwischen hat sich ihr Einfluss weltweit stark gesteigert und damit auch ihre Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der sie die Welt tyrannisieren. Die zehn brutalsten, gefährlichsten und mörderischsten Verbrecherorganisationen dieser Art sind aufzuzeichnen als Mafia, die weltweit verbreitet ist, dann die Mexican-Mafia, die Hells Angels in den USA, die in den USA verbrecherisch tätige Bloods-Organisation und die chinesische Triaden-Mafia, dann die rassistische US-amerikanische Aryan Brotherhood, wie auch die Black Guerilla Family in den USA, die US-amerikanische Crips-Organisation, die Mara Salvatrucha resp. MS 13, die in Spanien, Mexiko, in den USA und Europa ihr Unwesen treibt, und die japanische Yakuza-Organisation. So kriminell, wie diese Verbrecherorganisationen sind, so kriminell und menschenrechtverachtend handeln auch die USA in bezug auf ihre Inland- und Aussenpolitik, weil es einzig darum geht, die eigenen Machtgelüste im Inland wie auch in bezug auf die ganze Welt zu befriedigen. Und dass dabei bedenken- und gewissenlos über unzählige Leichen gegangen wird, wie du das einmal gesagt hast, das gehört bei den USA zur Tagesordnung. Im grossen und ganzen sind die USA in bezug auf das Gros der Regierenden und in etwa die Hälfte der Bevölkerung von sehr gering bis sehr stark psychopathisch veranlagt. Folgedem kann von einem Psychopathen-Staat gesprochen werden, in dem den rechtschaffenen Menschen – die gegen die kriminellen Inland- und Auslandmachenschaften der USA, wie auch gegen die Todesstrafe und die verbrecherischen Machenschaften der US-Geheimdienste sowie gegen das US-Söldnerwesen sind – kein Gehör geschenkt und ihnen keine Chance gegeben wird, im Land etwas zum Positiven zu verändern. Der Psychopathen-Staat ist nur daran interessiert, im eigenen Land und in der ganzen Welt seine Herrschaft und Macht ausüben zu können, folglich von den USA auch alle Menschenund Völkerrechte bösartig missachtet werden, und zwar insbesondere vom Gros der Republikaner, das besonders menschenfeindlich und gewissenlos veranlagt ist. Eine Tatsache, die auch auf das Gros der Machtbesessenen der EU-Diktatur zutrifft, die alles Böse und Falsche über den Willen der EU-Völker hinweg tun. Diese Diktatur ist bereits jetzt teilweise ein Trabant der USA, nur sind die machtführenden Diktatur-Elemente in Brüssel und besonders in Deutschland zu naiv, um dies zu erkennen, wie sie auch nicht

wahrnehmen, was die deutsche Bundeskanzlerin wirklich anstrebt. Und da auch in der EU-Diktatur viele psychopathische Kräfte sind, ziehen diese gleich mit den USA und lassen deren kriminelle Machenschaften immer mehr auch in die EU-Diktatur einfliessen. Psychopathen und Psychopathen lieben sich eben und bringen sich gegenseitig ihre bösartigen und falschen Handlungsweisen, Machenschaften und Taten bei. Und was in bezug auf Psychopathie bei den USA, wie auch bei der EU-Diktatur – dieser von dir geschaffene Begriff gefällt mir sehr, denn er sagt das aus, was in der EU tatsächlich gegeben ist – und in anderen irdischen Staaten herrscht, das beweisen auch all die Tatsachen, wie diese in der Nr. 32-Ausgabe des FIGU-Zeitzeichens unter dem Titel (Globale Pathokratie) erwähnt werden, die ich hier an meine Aussagen angefügt haben möchte."



Petition für FREUNDSCHAFT und FRIEDEN mit Russland: https://www.change.org/p/angela-merkel-cdu-russland-freundliche-politik-betreiben-russia-friendly-policy



Neue Schätzung: Bis zu 6 Milliarden erdähnliche Planeten in der Milchstrasse

Andreas Müller 16/06/2020



Symbolbild: Blick zur Milchstrasse Copyright: FMedic_photography (via Pixabay.com) / Pixabay LicenseCopyright: FMedic_photography (via Pixabay.com) / Pixabay License

Vancouver (Kanada) – Auf der Grundlage von Daten des Weltraumteleskops "Kepler" kommt eine aktuelle Studie kanadischer Astronomen zu der Einschätzung, dass es alleine in unserer eigenen Heimatgalaxie, der Milchstrasse, bis zu 6 Milliarden erdähnliche – und damit potenziell lebensfreundliche – Planeten geben könnte.

Wie das Team um Michelle Kunimoto von der University of British Columbia (UCB) aktuell im "Astronomical Journal" (DOI: 10.3847/1538-3881/ab88b0) berichtet, kommt damit ein erdähnlicher Planeten auf jeweils fünf sonnenähnliche Sterne.

Um als "erdähnlich" zu gelten, muss ein Planet felsig, ungefähr erdgross (+/-) sein und einen sonnenähnlichen Stern (G-Typ) umkreisen. Zudem muss der Planet seinen Stern innerhalb dessen "habitabler Zone" umkreisen – jenem Entfernungsbereich also, innerhalb dessen auf einem Felsplaneten aufgrund milder Temperaturen flüssiges Wasser – und damit die Grundlage zumindest allen irdischen Lebens – existieren könnte.

"Meine Berechnungen legen eine Obergrenze von 0,18 erdähnlichen Planeten pro Stern vom Typ G fest", erläutert die UBC-Forscherin Kunimoto und führt dazu weiter aus: "Die Schätzung, wie häufig verschiedene Arten von Planeten in der Nähe verschiedener Sterne vorkommen, kann wichtige Einschränkungen für die Planetenbildung und Evolutionstheorien mit sich bringen und dazu beitragen, zukünftige Missionen zur Suche nach Exoplaneten zu optimieren."

Laut frm UBC-Astronom Jaymie Matthews gibt es in unserer Milchstrasse bis zu 400 Milliarden Sterne, von denen sieben Prozent sonnenähnlich sind. "Das bedeutet, dass weniger als sechs Milliarden Sterne erdähnliche Planeten in unserer Galaxie haben können." Frühere Schätzungen der Häufigkeit erdähnlicher Planeten reichen von ungefähr 0,02 potenziell bewohnbaren Planeten pro sonnenähnlichem Stern bis zu mehr als einem pro sonnenähnlichem Stern.

Normalerweise werden Planeten wie die Erde bei einer Planetensuche eher übersehen als andere Typen, da sie zu klein und von ihrem Stern zu weit entfernt sind: "Das bedeutet, dass ein Planetenkatalog nur eine kleine Teilmenge der Planeten darstellt, die sich tatsächlich in der Umlaufbahn um die gesuchten Sterne befinden", so die Autoren. Kunimoto und Kollegen verwendeten eine als "Vorwärtsmodellierung" bekannte Technik, um diese Herausforderungen zu bewältigen: "Ich begann damit, die gesamte Population von Exoplaneten um die von Kepler gesuchten Sterne zu simulieren", erklärte sie. "Dabei habe ich

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 152, Oktober/2 2020

jeden Planeten als 'erkannt' oder 'verpasst' markiert, je nachdem, wie wahrscheinlich es ist, dass mein Planetensuchalgorithmus sie gefunden hat. Dann habe ich die erkannten Planeten mit meinem tatsächlichen Planetenkatalog verglichen. Wenn die Simulation eine enge Übereinstimmung ergab, dann war die ursprüngliche Population wahrscheinlich eine gute Darstellung der tatsächlichen Population von Planeten, die diese Sterne umkreisen."

Kunimotos Studie wirft auch ein neues Licht auf eine der herausragendsten Fragen der heutigen Exoplanetenwissenschaft: Die sogenannte "Radiuslücke" von Planeten. Diese zeigt, dass Planeten mit Umlaufzeiten von weniger als 100 Tagen selten eine Grösse zwischen dem 1,5- und dem Zweifachen der Grösse der Erde haben. Die Wissenschaftlerin fand heraus, dass die Radiuslücke über einen viel engeren Bereich von Umlaufzeiten besteht als bisher angenommen. Ihre Beobachtungsergebnisse können somit Einschränkungen für Planetenentwicklungsmodelle liefern, die die Eigenschaften der Radiuslücke erklären. Quelle: https://www.grenzwissenschaft-aktuell.de/neue-schaetzung-bis-zu-6-milliarden-erdaehnliche-planeten-in-dermilchstrasse20200616/



Autokleber Grössen der Kleber: 120x120 mm = CHF 3. 250x250 mm = CHF 6.-

300X300 mm = CHF 12.–



Symbol Überbevölkerung

Bestellen gegen Vorauszahlung: FIGU

Hinterschmidrüti 1225 8495 Schmidrüti Schweiz



E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org www.figu.org Tel. 052 385 13 10 Fax 052385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN UND FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

FIGU-ZEITZEICHEN erscheint zweimal monatlich; FIGU-Sonder-ZEITZEICHEN erscheint sporadisch

Wird auch im Internetz veröffentlicht, auf der FIGU-Webseite: ${\bf www.figu.org/ch}$

Redaktion: BEAM (Billy) Eduard Albert Meier /././ Telephon +41 (0)52 385 13 10 (7.00 h - 19.00 h) / Fax +41 (0)52 385 42 89

Postcheck-Konto: PC 80-13703 3 FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, Schweiz

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org FIGU-Shop: http://shop.figu.org

© creative commons

© FIGU 2020

COMMONS Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter: www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,

Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz



Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert, senden

der Grösse 120x120 mm = am Auto aufkleben.

wir Ihnen/Dir 3 Stück farbige Friedenskleber

Geisteslehre Friedenssymbol
Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy